

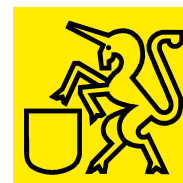
## 25. Gemeinderatssitzung des Gemeinderates

Datum, Zeit	Montag, 6. November 2017, 19:00 Uhr bis 21:20 Uhr
Ort	Saal katholisches Pfarreizentrum Leepünt
Vorsitz	Sandro Bertoluzzo (FDP), Gemeinderatspräsident
Anwesend	37 Gemeinderatsmitglieder
Entschuldigt abwesend	Marcel Berli Patric Crivelli Charlotte Meyer
Protokoll	Beatrix Pelican, Gemeinderatssekretärin
Stimmzähler	Flavia Sutter: Mitte inkl. Bürotisch Angelika Murer Mikolasek: Bereich glp/GEU und SP/Grüne Bruno Eggenberger: Bereich SVP
Weibeldienst	Leopoldo Putorti

---

### Traktanden

1. Mitteilungen
2. Protokollgenehmigung der 24. Sitzung vom 2. Oktober 2017
3. Interpellation Hans Baumann (SP/Grüne) "Situation in der Abteilung Sozialhilfe" / Beantwortung  
GR Geschäft Nr. 159/2016
4. Postulat Stefanie Huber (glp/GEU) und 9 Mitunterzeichnende "Vorgehen bezüglich Gesamtsanierung/Erweiterung Schulhaus Stägenbuck bezüglich Denkmalschutz" / Beantwortung  
GR Geschäft Nr. 167/2017
5. Interpellation Tanja Walliser (SP/Grüne) "Vorwürfe gegenüber ORS häufen sich" / Beantwortung  
GR Geschäft Nr. 185/2017
6. Postulat Daniel Burkhardt (SVP) "Erfassung der Konfession durch die Einwohnerkontrolle" / Begründung und Überweisung



GR Geschäft Nr. 201/2017

7. Bürgerrechtsgesuche:
  - 7.1. Kadrii Afrim, mazedonischer Staatsangehöriger, Dübendorf / Genehmigung  
GR Geschäft Nr. 196/2017
  - 7.2. Nuzzo-Pugliese Margherita, italienische Staatsangehörige, Dübendorf / Genehmigung  
GR Geschäft Nr. 197/2017
  - 7.3. Nadas Tibor, ungarischer Staatsangehöriger, Dübendorf / Genehmigung  
GR Geschäft Nr. 200/2017
8. 1. Fragestunde im Amtsjahr 2017/2018
9. Ersatzwahlen:
  - 9.1. Ersatzwahl GR-Sekretärin
  - 9.2. Ersatzwahl GR-Sekretärin-Stv.

## 1. Mitteilungen

### Mitteilung des Gemeinderatspräsidenten

Gemeinderatspräsident Sandro Bertoluzzo (FDP) begrüsst die Mitglieder des Gemeinderates und des Stadtrates sowie die Medienvertreter und das Publikum zur 25. Sitzung der Legislaturperiode 2014-2018.

Er orientiert, dass die Einladung zur Sitzung mit der Traktandenliste rechtzeitig versandt und im Glattaler als amtliches Publikationsorgan veröffentlicht wurde.

Es werden keine Einwände gegen die Reihenfolge der Traktanden erhoben.

### *Neue Geschäfte seit dem 2. Oktober 2017*

Der Stadtrat hat keine neuen Geschäfte überwiesen. Auch politische Vorstösse resp. deren Beantwortung sind keine neu eingegangen.

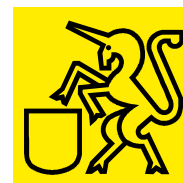
### Fraktions- und persönliche Erklärungen

#### *Fraktionserklärung André Csillaghy (SP/Grüne)*

„In meiner Fraktionserklärung geht es um die Stellungnahme des Stadtrats über den Bericht des Ombudsmanns. Ich habe diese zur Kenntnis genommen. Diese Stellungnahme gibt uns aber leider An-



lass zu erneuter Sorge über die Abteilung Soziales. Offenbar hat unsere Fraktion gegenüber der Exekutive diametral entgegengesetzte Ansichten über die Lage. Wir befinden uns in einer grotesken Situation. Wir Gemeinderäte bekommen eine Stellungnahme über einen Bericht, den wir selbst nicht lesen dürfen. Im Grossen und Ganzen besagt die Stellungnahme, dass der geheim gehaltene Bericht nichts Relevantes enthielt und alles in der Abteilung Soziales in Ordnung sei. Die Frage, welches Vorgehen aufwirft, ist, ob der Stadtrat sich selbst beurteilen und gleichzeitig Richter und Angeklagter sein kann. Selbstverständlich nicht. Um genau das zu vermeiden und eine unabhängige Meinung zu haben, wurde ein Ombudsmann eingesetzt. Mit der Geheimhaltung einerseits und der Selbstbeurteilung andererseits widerspricht der Stadtrat seiner ursprünglichen Bemühung, die Situation zu normalisieren. Auch wenn wir verstehen, dass diese Informationen nicht an die Öffentlichkeit gehen dürfen, kann dies jedoch nicht mit einem kurzen Brief vom Tisch gewischt werden. Für uns ist es insofern äusserst relevant, da die Stellungnahme einiges mehr preisgibt, als sie dies vermutlich beabsichtigt hat. Nur schon aus den wenigen Informationen sieht man den Rauch, welcher zeigt, dass es auch ein Feuer gibt. Die Anhaltspunkte für unsere Interpretation der Stellungnahme sind folgende: Die Anzahl der Vorfälle und der Zeitrahmen, den es für die Stellungnahme gebraucht hat. Schauen wir uns die Anzahl der Vorfälle einmal an. 25 bei der Abteilung Soziales und 6 in anderen Bereichen. Allein 25 Vorfälle zwischen November 2016 und April 2017, wobei alle 25 Vorfälle von untergeordneter Bedeutung gewesen sein sollen. Dies passt für uns gar nicht zusammen. Auch wenn jeder einzelne Fall von untergeordneter Bedeutung wäre, dann wäre allein die Anzahl der Fälle mehr als bedenklich. Innerhalb von fünf Monaten haben 25 Personen den Mut gefunden, diesen Schritt zu wagen und haben sich beim Ombudsmann gemeldet. Die Personen, welche sich gemeldet haben, müssen schon ziemlich verärgert gewesen sein, bevor sie sich beschwerten gingen. Ich persönlich würde diesen Schritt erst machen, wenn ich tatsächlich derart unzufrieden wäre und die Sache deshalb für mich als Kläger nicht mehr von untergeordneter Bedeutung wäre. Dies ist aber wahrscheinlich nur die Spitze des Eisberges. Machen wir doch eine kurze Hochrechnung. Die meisten Personen, sofern sie nicht der lokalen Dorfpolitik folgen oder mit uns resp. einer anderen Organisation in Kontakt sind, wissen gar nicht, dass es überhaupt eine Ombudsstelle gibt, da sie nicht automatisch über ihre Rechte aufgeklärt werden. Auch die Abteilung Soziales macht sie nicht darauf aufmerksam. Der zweite Punkt betrifft die Flüchtlinge. Die meisten Flüchtlinge gehen sicher nicht zur Ombudsstelle, um sich zu beklagen. Denn sie können ja nicht einschätzen, welche Auswirkungen dies auf ihre persönliche Situation haben könnte. Jedoch wissen wir aus zuverlässigen Quellen, dass genau diese Kategorien von Menschen am meisten betroffen sind. Wir müssen also davon ausgehen, dass die Anzahl Menschen, die unzufrieden sind, viel höher ist, als diese 25. Auch kann man davon ausgehen, dass einige der nicht gemeldeten Fälle auch schwerwiegender sind, als die gemeldeten, da diese Personen offenbar Angst haben, ihre Situation könnte sich noch weiter verschlechtern. Sie haben Angst davor, die offizielle Stelle, welche sie anklagen, könnte gleichzeitig die Rolle des Richters einnehmen. Und was diese Aussagen auch zeigen, ist, dass sie zu Recht Angst haben, weil der Stadtrat genau das gemacht hat. Der Stadtrat kann und sollte nicht entscheiden, wann Fälle von untergeordneter Bedeutung sind. Insbesondere dann nicht, wenn er selber in solche Angelegenheiten verwickelt ist. Der Stadtrat kann somit nicht die Messlatte dafür anlegen, wann etwas von untergeordneter Bedeutung ist. Kurz möchte ich auch etwas zum Zeitrahmen sagen, die es für diese Stellungnahme gebraucht hat. Der Bericht wurde im April 2017 abgegeben, somit hat die Erstellung der Stellungnahme ganze sechs Monate gedauert. Entweder war dies äusserst ineffizient oder es stellt sich heraus, dass solche Bagatellen eben doch keine sind resp. die Fälle doch nicht von untergeordneter Bedeutung waren. Was machen wir nun mit dieser Situation? Wir sehen natürlich ein, dass nicht jede Information öffentlich gemacht werden kann. Jedoch gibt es einen klar definierten Weg, wie mit solchen Situationen umzugehen ist. Der Bericht sollte an die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission (GRPK) weitergeleitet werden. Die GRPK und nicht der Stadtrat sollte sich mit der Bedeutung solcher Fälle beschäftigen. Auch sollte man hier unbedingt Expertinnen oder Experten hinzuziehen, welche ihre Beurteilung auch aus einem professionellen Blickwinkel abgeben können. Integration fasst zusammen, wie der Umgang mit Menschen, die Probleme haben, sein sollte und ist nicht nur eine Angele-



genheit der linken Parteien resp. Fraktionen. Eine Abteilung Soziales sollte für alle Menschen ihrer Gemeinde da sein. Es ist eine wichtige Institution, die einen entscheidenden Beitrag dazu leisten kann und auch sollte, eine stabile Gesellschaft aufzubauen. Denn niemand ist vor einer Krise geschützt.“

## *Fraktionserklärung Patrick Walder (für alle Fraktionen im Gemeinderat)*

„Als Vertreter der wählerstärksten Fraktion verlese ich im Namen sämtlicher Fraktionen folgende Erklärung. Am 13.09.2017 wurde von sämtlichen in diesem Parlament vertretenen Parteien nachfolgender Brief als „offener Brief“ an die Redaktion des Glattaler versendet. Da dieser im Glattaler nicht abgedruckt wurde, lese ich ihn Ihnen jetzt vor:

*„Sehr geehrte Damen und Herren der Redaktion des „Glattaler“*

*Im „Glattaler“ vom 8. September 2017 informierte die Redaktion auf Seite 23, dass „die nationalen Parolen in dieser Ausgabe zum letzten Mal“ veröffentlicht werden. Diese Mitteilung veranlasst sämtliche Parteien, welche im Gemeinderat Dübendorf vertreten sind (SVP / glp/GEU / SP / BDP / FDP / CVP / GP / EVP / EDU), gemeinsam mit einem offenen Brief an die Redaktion des „Glattaler“ zu gelangen.*

*Viele Dübendorferinnen und Dübendorfer haben es geschätzt, dass die Parolen der Parteien übersichtlich und ausgewogen über sämtliche Abstimmungsthemen im „Glattaler“ publiziert wurden. Dies ermöglichte den Leserinnen und Lesern eine schnelle und unkomplizierte Übersicht der Parolen der örtlichen Parteien und galt als beliebte Abstimmungshilfe.*

*Weiter wurde es von vielen Leserinnen und Leser geschätzt, dass jeweils ein offizieller Leserbrief der Parteien im Nachgang zu deren Parteiversammlungen vor den Abstimmungen erschienen ist, bei welchem die Argumente der Parteien zu sämtlichen Themen (kommunal, kantonale und eidgenössisch) ersichtlich waren. Neben dem Informationsgehalt führte dies mehrheitlich in den Leserbriefspalten zu einer ausgewogenen Information. Da viele redaktionelle Artikel jeweils unter der Woche bereits im ZOL/AVU erschienen sind, hat sich der „Glattaler“ für Dübendorf dahingehend abgehoben, dass die lokalen Sport-, Kulturvereine und Parteien eine genügende Plattform hatten. Die Parteien sehen dies mit der Ankündigung im letzten „Glattaler“ auf Seite 23 in Gefahr.*

*Mit diesem Schreiben wollen die Parteien keinesfalls in die journalistischen Freiheiten des „Glattaler“ eingreifen, jedoch in deren redaktionellen Ausrichtung.*

*Sämtliche Parteien, welche im Gemeinderat Dübendorf vertreten sind, fordern den „Glattaler“ auf:*

- *sämtliche Parolen zu den Abstimmungen, welche von den Parteien bei der Redaktion eingehen, weiterhin übersichtlich, vollständig und rechtzeitig zu publizieren;*
- *den Parteien nach ihren Parteiversammlungen jeweils einen offiziellen Leserbrief zuzugestehen und diesen in der nächst möglichen Ausgabe des Glattaler zu publizieren;*
- *„Eingesandte“ der Parteien zu Veranstaltungen und Standaktionen zu publizieren;*
- *die bereits früher angekündigte strikte Reduzierung der Leserbriefe (2x Pro und 2x Contra pro Thema) zu überdenken.*

*Weiter fordern die Parteien den „Glattaler“ auf, vermehrt wieder den weiteren Organisationen, insbesondere den Kultur- und Sportvereinen, eine Plattform zur Verfügung zu stellen. Gerne erwarten wir Ihre Antwort auf dieses Schreiben im „Glattaler“.*

*Für die Parteien, in der Reihenfolge ihrer Wähleranteile (gültig ohne Unterschrift)*

*SVP Dübendorf  
Patrick Walder*

*glp/GEU Dübendorf  
Marcel Drescher*

*SP Dübendorf  
Theo Zobrist*

*BDP Dübendorf  
Maja Ziörjen*

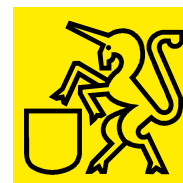
*FDP Dübendorf  
Adrian Ineichen*

*CVP Dübendorf  
Remo Stadler*

*Grüne Partei Dübendorf*

*EVP Dübendorf*

*EDU Dübendorf*



Flavia Sutter

Daniel Reiss

Arthur Gasser

*Kopie geht an:*

- Stadtrat Dübendorf, Usterstrasse 2, 8600 Dübendorf (z.H. Gesamt-Stadtrat)
- Zürcher Oberland Medien AG, Rapperswilstrasse 1, 8620 Wetzikon (Verlag)

Leider mussten die Parteien feststellen, dass weder dieser offene Brief noch die Antwort der Redaktion im Glattaler publiziert wurden. Dies enttäuscht die Dübendorfer Parteien ein weiteres Mal, wäre doch eine öffentliche Diskussion über das amtliche Publikationsorgan Dübendorfs sehr wünschenswert gewesen. Mit Schreiben vom 22. September 2017 nahm nicht der Redaktionsleiter sondern die stellvertretende Redaktionsleiterin Stellung. Im Antwortschreiben teilte die Redaktion unmissverständlich mit, dass die Redaktion des Glattaler an den angekündigten und von allen Dübendorfer Parteien kritisierten Veränderungen festhalten will. Unter anderem wird auch ausgeführt, Zitat:

*„...dass es nicht Aufgabe einer Lokalzeitung sein kann, sich auf die kantonalen und nationalen Debatten einzulassen - ausser natürlich, wenn das Thema die lokale Bevölkerung angeht, wie beispielsweise die Flugbewegungen in Kloten.“*

Fraktionen und Parteien sind erstaunt über die Ansicht der Redaktion, dass kantonale und nationale Abstimmungen und Debatten die Bevölkerung Dübendorfs „nichts angehen“ sollen. Alle Parteien und Fraktionen möchten nochmals klar zum Ausdruck bringen, dass Entscheidungen auf kantonaler und nationaler Ebene die Dübendorfer Bevölkerung sehr wohl etwas angehen. Daraus entstehende Konsequenzen müssen ja von der lokalen Bevölkerung mitgetragen werden. Weiter vertritt die Redaktion die Auffassung, dass der Glattaler mit den beschlossenen Veränderungen ein „starkes Blatt“ sein kann. Mit der Verabschiedung der Redaktion von einer informativen politischen Berichterstattung und der massiven Reduktion von Publikationen von Stellungnahmen der Parteien und Fraktionen, geht aus Sicht letzterer die Reise genau in die gegenteilige Richtung. Da die Redaktion des Glattalers die öffentliche Diskussion offensichtlich nicht führen will und die Unzufriedenheit der Politik über die redaktionelle Ausrichtung nicht publizieren möchte - obwohl es sich hierbei um ein lokales und wichtiges Thema handelt - wird der Stadtrat aufgefordert, sich folgenden Fragen anzunehmen:

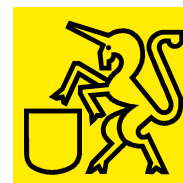
- Hat der Stadtrat, der Kenntnis vom Schreiben der Parteien hat, das Gespräch mit der Redaktion des Glattalers gesucht?
- Welche Kostenfolgen für die Stadt haben Publikationen, Inserate und amtliche Mitteilungen der Stadt Dübendorf im Glattaler?
- Gibt es aus Sicht des Stadtrats Optionen betreffend amtlichem Publikationsorgan der Stadt Dübendorf, auch unter Berücksichtigung des neuen Gemeindegesetzes?

Diese Fraktionserklärung mit den drei vorgängigen Fragen ist zusätzlich als schriftliche Anfrage im Sinne von Art. 52 der Geschäftsordnung des Gemeinderats gedacht und wird in dieser Form dem Büro des Gemeinderats eingereicht, mit meiner Person als Erstunterzeichner.“

## **2. Protokollgenehmigung der 24. Sitzung vom 2. Oktober 2017**

Zum Protokoll der Sitzung vom 2. Oktober 2017 sind beim Gemeinderatspräsidenten keine Berichtigungsanträge eingegangen. Es ist somit, in Anwendung von Art. 58 der Geschäftsordnung des Gemeinderates, genehmigt.

## **3. Interpellation Hans Baumann (SP/Grüne) "Situation in der Abteilung Sozialhilfe" / Beantwortung GR Geschäft Nr. 159/2016**



## Stellungnahme Tanja Walliser (SP/Grüne)

„Habt ihr alle Dokumente dabei, sonst könnt ihr gleich wieder gehen!

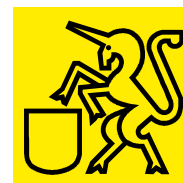
Ja, liebe Anwesende, es irritiert, wenn man nicht zuerst freundlich begrüsst, sondern wie ein kleines Kind behandelt wird, oder? Das ist nur ein Zitat aus einem Bericht, wie wir sie schon oft zugetragen bekommen haben. Ich möchte ein weiteres Zitat vorlesen:

*„Die Gespräche mit dieser Sozialberaterin verlaufen ziemlich harzig, ich halte es kaum aus. Denn alles was ich behaupte, wird hinterfragt und als eventuelle Lüge deklariert. Ich kann mich nicht wehren, denn da müsste ich ein Gespräch mit der Vorgesetzten suchen. Und es ist kein Geheimnis, dass sie rechtsradikaler Gesinnung ist. Also kann ich nichts tun, als von nun an auf Sozialhilfe zu verzichten und mich durch private Schulden über Wasser zu halten. Ich habe eine Stellenzusage und ich werde die Situation überstehen. Nur macht es mich traurig und betroffen, das so zu erleben. Man kommt sich vor wie im Wilden Westen. Der Stärkere überlebt. Vor allem im Büro, wo alles abgeschotet stattfindet, ist der Umgang rau, feindselig und die Verachtung kommt in jedem zweiten Satz zum Ausdruck.“* Am Schluss schreibt diese Person: *„Ich darf Ihnen nicht meinen wahren Namen nennen aus Angst vor Repressionen.“*

Ja, Dübendorf hat eine tiefere Sozialhilfequote als andere Gemeinden. Aber wieso? Weil sie besonders erfolgreich in den Arbeitsmarkt integriert? Vielleicht auch ein wenig. Aber ganz sicher auch, weil sie die Personen vergrault, die Anspruch auf Unterstützungsgelder haben und die in einen Teufelskreis von Schulden treiben. Fast ein Jahr lang hat sich der Stadtrat also Zeit genommen, um auf die dringenden Fragen zu antworten. Offenbar glaubt man, man könnte auf Zeit spielen. Die Verzögerungstaktik wird aber nicht funktionieren, weil die SP/Grüne-Fraktion weiterhin hinschauen wird. Das müssen wir auch, weil wir regelmässig Berichte wie diesen bekommen, den ich Ihnen gerade vorgelesen habe. Es bleibt unerklärlich, wie der Stadtrat nach dem erschütternden Vorfall, der über die Leiterin vom Sozialamt publik geworden ist, weiterhin einfach so tut kann, als wäre alles in bester Ordnung. Das einzige, was nur auf massiven Druck unserer Fraktion hin gemacht worden ist, ist die Einrichtung einer temporären Ombudsstelle und einer schriftlichen Verwarnung. Für uns ist klar, dass die Mitarbeiterin mindestens hätte versetzt werden müssen. Es kann nicht sein, dass sie weiterhin Klienten betreut, welche sie verunglimpft hat. Eine Kultur auf einem Amt, die es offensichtlich erlaubt, sich gegenüber Hilfsbedürftigen derart menschenunwürdig zu benehmen, wird sogar noch als „Kultur der Eigenverantwortung“ gepriesen, statt in Frage gestellt. Selbstkritik? Fehlanzeige.

Der Stadtrat ist davon überzeugt, dass die zuständige Sozialbehörde dafür besorgt ist, einen „*professionellen Dienst und eine ordnungsgemässe Kultur*“ in der Sozialhilfe zu gewährleisten. Ist denn der Stadtrat nicht auf die harte Tour eines besseren belehrt worden? Und um was für eine Kultur handelt es sich denn da? Eine, in der Menschen aus anderen Ländern und Kulturen und Menschen in den denkbar schwierigsten Lebensumständen schlecht behandelt werden? Wie soll denn jemand bitte schön motiviert werden, sein eigenes Schicksal in die Hand zu nehmen, wenn er sich wie ein Bittsteller behandelt fühlt? „*Kultur von Eigenverantwortung und gegenseitigem Vertrauen*“ - schön und gut - aber bitte auch gegenüber den Sozialhilfebeziehenden. Unerklärlich ist auch, dass nicht einmal der Bericht vom Ombudsmann etwas an der Haltung vom Stadtrat ändert. Die Zahl von 25 Fällen finde ich absolut erschreckend. Noch vielmehr, weil ja klar ist, dass es eine Dunkelziffer gibt. Es haben sich weiterhin Leute bei uns gemeldet, die sich nicht getraut haben, sich bei der Ombudsstelle zu melden. Und trotzdem! Trotzdem haben sich in nur 5 Monaten 25 Menschen gemeldet! So sehr ich mich auch aufregen musste bei der Lektüre dieser Antwort, bei der Beantwortung einer Frage musste ich auch ein wenig lachen. Auf die Frage, ob es stimmt, dass in Dübendorf eigene Richtlinien für die Vergabe von Sozialhilfe existieren, bejaht der Stadtrat die Existenz eines Handbuchs, sagt dann aber: *„Der Inhalt des Handbuches ist dem Stadtrat nicht bekannt. Der Stadtrat ist somit nicht in der Lage, die Gesetzeskonformität des Handbuches zu prüfen“* Also, meine Damen und Herren, da habe ich mich wirklich gefragt, ob der Stadtrat eigentlich die Antworten liest, die er absegnet. Denn:

1. Der zuständige Stadtrat ist der Präsident der Sozialbehörde. Also ist der Inhalt dem Stadtrat bekannt.
2. Und wenn er das nicht wäre, nimmt der Stadtrat tatsächlich einfach in Kauf, dass in seiner Verwaltung nicht gesetzeskonform gearbeitet wird?



3. Wenn, wie der SR behauptet, die SKOS-Richtlinien ja eingehalten werden, wieso ist dann ein eigenes Handbuch überhaupt nötig?
4. Es kann doch nicht sein, dass ein Geheimnis um die Richtlinien gemacht wird, gemäss denen unsere Gemeinde Gelder spricht. Schliesslich handelt es sich da auch um Steuergelder. Die Regeln müssen transparent gemacht werden. Gerade auch anderen sozialen Stellen würde die Zusammenarbeit mit dem Sozialamt erleichtert werden, wenn der Inhalt bekannt wäre.

Schlussendlich lässt die Geheimnistuerei einmal mehr vermuten, dass einiges nicht mit rechten Dingen zu und hergeht. Für die SP/Grüne-Fraktion ist die Sache mit der Interpellation nicht gegessen, ganz im Gegenteil, zeigt sie sogar nochmals ganz klar den Handlungsbedarf auf. Wir werden in einer Motion die Weiterführung der Ombudsstelle fordern. Es ist absolut zentral, dass es weiterhin diese Möglichkeit gibt, die hohe Anzahl Fälle bestätigt das. Dies genügt aber nicht. Absolut dringend notwendig und auf anderen Sozialämtern absolut Usus, sind ausserdem regelmässige Coachings, Inter- und Supervision für die Mitarbeitenden. Wir verlangen zudem, dass gemäss dem Öffentlichkeitsprinzip Einsicht in das Handbuch der Sozialbehörde gewährt wird und werden ein entsprechendes Gesuch stellen. Schlussendlich, liebe Damen und Herren, kämpfen wir aber gegen etwas, das schwerer wiegt als die Untätigkeit des Stadtrats. Wir kämpfen gegen Feindbilder. Feindbilder, gemäss denen, wer arbeitslos ist, selbst schuld ist und wer Sozialhilfe braucht, faul ist und kein Anrecht auf eine menschenwürdige Behandlung hat. Das ist der Kern einer Politik und es beinhaltet ein Menschenbild, welches mir zutiefst widerstrebt. Wenn wir dafür sorgen wollen, dass es denen, welchen es am schlechtesten geht, besser geht, müssen wir sie nicht schikanieren, sondern fördern und unterstützen.“

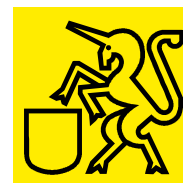
## Stellungnahme Stadtrat

Keine.

## Allgemeine Diskussion

### *Tanja Boesch (BDP/EVP)*

„Es ist schon erstaunlich, dass der Stadtrat die Frage nach der Stelle der Leiterin Sozialhilfe zwar beantwortet, sich dabei aber nicht auf die Facebook-Einträge bezogen hat. Es ist uns allen bekannt, dass Personen wegen Äusserungen auf Facebook - sei dies gegen die Firma oder gegen Vorgesetzte - mit Konsequenzen zu rechnen haben. Für rechtsradikale Parolen gilt dies anscheinend nicht. Da fragt man sich, wie hier die Wertung ist. Es ist schon klar, dass der Stadtrat die innere Einstellung von Mitarbeitenden der Stadt nicht beurteilen kann. Aber sehr wohl die Verwaltung resp. die verantwortlichen Personen, welche bspw. Mitarbeitendenbeurteilungen durchführen. Und wer hier nicht feststellen kann, welche Gesinnung sein Gegenüber vertritt, ist möglicherweise nicht am richtigen Ort. Und dies hat nichts mit der Eigenverantwortung der Angestellten zu tun, sondern mit der Verantwortung des Arbeitgebers. Und was hat der Stadtrat erwartet, wie sich die Betroffenen verhalten bei der Einsetzung eines Ombudsmanns, wenn immer noch die gleichen verantwortlichen Personen an den massgeblichen Stellen sitzen? Was glauben der Stadtrat oder die Verantwortlichen in der Verwaltung, was die Vorgehensweise in dieser Angelegenheit den Betroffenen vermittelt? Wurde etwa erwartet, dass sich die betroffenen Menschen unter diesen Umständen frisch von der Leber weg einem Ombudsmann anvertrauen? Das glaube ich kaum. Der Ombudsmann ist für mich in dieser Form auch eine Alibiübung. Und wie kann es sein, dass dem Stadtrat Richtlinien, nach welchen in der Verwaltung gearbeitet wird, nicht bekannt sind? Da habe ich mehr als ein Fragezeichen und diese Frage muss unbedingt geklärt werden. Entweder hätte der Stadtrat diese Frage der Sozialbehörde zur Beantwortung weitergeben können, oder die Angelegenheit muss, wie bereits durch Hans Baumann im Glattaler vorgeschlagen, der GRPK übergeben werden. Und wie es vielleicht bereits durch den Ombudsmann festgestellt wurde, ist es mit seiner Einstellung allein nicht getan. Es ist notwendig, weitere Schritte zu unternehmen. Ein Nein des Stadtrates bei Frage 11 ist darum ebenfalls nicht akzeptabel.“



Und bevor sich Stadtrat Kurt Spillmann wieder darüber aufregt, dass das Sozialamt wieder in die Kritik gerät, kann ich dazu nur sagen, dass ich vor einer Woche auch wieder einen Anruf zu diesem Thema bekommen habe. Und solange wir immer wieder solche Anrufe erhalten - wie bereits gehört bin ich da ja auch nicht die einzige - wird dieses Thema hier im Gemeinderat nicht erledigt sein.“

*Flavia Sutter (SP/Grüne)*

„Von Stadtrat Kurt Spillmann wurden Fakten verlangt. Ich selbst habe schon von mehreren Sozialarbeitern gehört, dass sie nicht nach Dübendorf kommen würden, um hier zu arbeiten. Ich lese Ihnen nun ein Zitat einer Sozialarbeitenden in leitender Stellung vor:

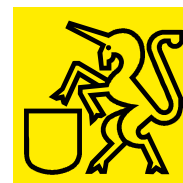
*„Als Fachperson würde ich niemals in den Sozialen Diensten der Stadt Dübendorf arbeiten wollen, solange die Leitungsperson weder über eine juristische noch über eine sozialarbeiterische Grundbildung verfügt. Vielen meiner Kolleginnen und Kollegen geht es ebenso. Die unprofessionelle Rekrutierungsstrategie der Stadt Dübendorf in der gesetzlichen Sozialarbeit ist fahrlässig und öffnet der Willkür Tür und Tor. Der von der Leiterin der Sozialen Dienste auf ihrem Facebook Profil publizierte Leserbrief der Rentnerin, Elsbeth Kälin, enthält haarsträubende Falschinformationen über die Gesetzgebung der Schweiz. Sie hat damit ihre Position missbraucht, um gezielt und (hoffentlich!) wider besseres Wissen das Gesetz zu diffamieren, zu dessen Umsetzung sie von der Stadt Dübendorf verpflichtet wurde. Sie hetzte mit bewussten Falschinformationen gegen den eigenen Arbeitgeber und die Gesetzgebung der Schweiz und führt trotzdem weiterhin das Team der Sozialen Dienste.“*

*Orlando Wyss (SVP)*

„Seit dem gezielten Bashing der Sozialbehörde durch die Linken in unserem Gemeinderat ist etwa ein Jahr vergangen. Sie werden nicht müde, ihre zum Teil abstrusen Vorwürfe immer wieder zu wiederholen. Eigentlich sollten sie in diesem Jahr schlauer geworden sein. Doch es ist zu befürchten, dass sie die haltlosen Vorwürfe bis zu den Kommunalwahlen 2018 durchhalten wollen. Denn das hat sehr wahrscheinlich der hinterste und letzte hier im Saal gemerkt. Es ist ein Wahlkampfthema der Linksparteien. Es ist schon fast abenteuerlich, wie sie dies trotz der gegenteiligen Argumente versuchen durchzuziehen. Es ist ein Glücksfall, dass diese Interpellation erst nach einem Jahr im Gemeinderat behandelt wird. Dadurch kann ich Ihnen genüsslich die Gegenargumente, welche sich seit Ende 2016 ergeben haben, aufzählen. Eine linke Kantonsrätin aus Uster meinte, mit ihrer Anfrage an den Regierungsrat unseren Sozialhilfebashing-Kollegen helfen zu können. Doch „oha Lätz“, der Schuss ging nach hinten los. Die Antwort war alles andere, als es sich die Linken in unserem Gemeinderat gewünscht hatten. Auch konnte Sozialvorstand Kurt Spillmann über die Visitationen des Bezirksrates Uster berichten, welche ein ganz anderes Bild ergaben, als die Linken von Dübendorf marktschreierisch von sich gaben. Und dann noch die Einsetzung des Ombudsmannes für unsere Verwaltung, welcher aufgrund der panikartigen Kritik an unserer Sozialbehörde zu seinem Job gekommen ist. Auch der Ombudsmann kam im ersten Zwischenbericht zum Schluss, dass es zwar Fehler gegeben habe, diese sich aber im normalen Rahmen verhielten, welche sicher nicht das grosse Theater rechtfertigten, welches die Linken hier veranstalten. Man muss wissen, mit wem es die Sozialbehörde zu tun hat. Die meisten verhalten sich zwar korrekt und anständig, doch gibt es einige, bei welchen dies eben nicht der Fall ist. Die Klientenschaft der Sozialbehörde ist sicher die schwierigste von allen Abteilungen der Dübendorfer Verwaltung.

Was sich lohnen würde zu untersuchen, wären die Kosten, welche die Linken mit ihren zum Teil abstrusen und weit übers Ziel schießenden Vorwürfen innerhalb dieses Jahres zu verantworten haben. Doch es ist ja nicht ihr eigenes Geld, welches sie hier verbraten. Solange der Steuerzahler dafür aufkommt, ist es den Linken egal, was es kostet. Jeder, der das Thema verfolgt hat, weiss, wofür es hier geht. Denn eine Frage hat der Interpellant nicht gestellt, doch steht sie über allem im Raum. Die Frage lautet: Wieso kann es sein, dass SVP-Mitglieder in der Sozialbehörde tätig sind, nachdem schon der Sozialvorstand von der SVP ist? Denn dies macht es für künftige Legislatoren bei einer linkeren Zusammensetzung der Sozialbehörde schwieriger, wieder mit dem Geld der Steuerzahler sorgloser umzugehen. Ich hoffe, dass die Linken vom toten Ross absteigen und sich wichtigeren





Sachgeschäften zuwenden. Doch ich befürchte, dass sie auf Teufel komm raus, das Thema bis zu den Wahlen 2018 bewirtschaften, weil sie nichts Besseres vorzuweisen haben.“

*Stadtrat Kurt Spillmann (SVP)*

„Ich muss eigentlich nichts mehr erzählen. Und Frau Boesch, ich kann Sie beruhigen, ich rege mich heute Abend auch gar nicht auf. Ich habe bereits mehrmals hier im Rat gesagt, was ich zu sagen habe. Etwas Neues ist heute aber noch aufgekommen betreffend erwähntem Handbuch. Dübendorfer Richtlinien gibt es keine, es gibt ein Handbuch in Dübendorf. Darin sind die Kompetenzen, welche auf der Gemeindeebene liegen, festgelegt. Das Handbuch dient einzig und alleine dazu, dass alle gleich behandelt werden, obwohl in der Abteilung mehrere Personen arbeiten. Der Stadtrat kennt die Kompetenzen. Und wenn man die Beantwortung des Stadtrates gelesen hätte, dann hätte man auch in den Erwägungen den allgemeinen Hinweis gelesen, der unter Artikel 47 ff die Zuständigkeiten regelt. Meine Damen und Herren, vor allem auf der linken Seite: Für die Sozialhilfe in Dübendorf ist die Sozialbehörde zuständig und nicht der Stadtrat. Und wenn man schreibt, dass er die Gesamtverantwortung über die Sozialhilfe in Dübendorf habe, dann ist das falsch. Der Stadtrat weiss schon, wo er zuständig ist und wo nicht. Die Sozialbehörde hat den Entscheid gefällt, dass das Handbuch nicht herausgegeben wird. Und die Sozialbehörde untersteht dem Amtsgeheimnis und der Schweigepflicht. Und ich kann Ihnen sagen, dass in 15 Jahren, in tausenden von Fällen, die Sozialbehörde nicht einmal die Schweigepflicht und nicht einmal das Amtsgeheimnis verletzt hat. Weil wir wissen schon, was wir machen. Und all denen, die es noch nicht wissen, zeige ich gerne nochmals, was dies überhaupt beinhaltet (*zeigt Bild*). Und dann wissen Sie auch, welche Dokumente für wen zugänglich sind und für wen nicht. Die Schweigepflicht gilt nicht nur gegenüber Privaten und der Presse, sondern auch im Verhältnis zu anderen Behörden und Beamten, welche mit der entsprechenden Angelegenheit nichts zu tun haben. Unsere Aufsichtsbehörde reagiert dann, wenn wir etwas falsch auszahlen oder jemanden falsch behandeln. Und zwar nicht der Stadtrat und nicht der Gemeinderat, sondern der Bezirksrat. Dieser kommt auf uns zu, denn auch dieser weiss, wo die Verantwortung liegt. Soviel zum erwähnten Handbuch. Alle, die das Handbuch sehen mussten, haben dieses auch gesehen resp. genehmigt und bewilligt. Manche waren sogar begeistert davon. Wenn Sie nicht wissen, wo die Kompetenzen liegen, wenn Sie nicht wissen, wohin ein solcher Bericht der Ombudsstelle geht, dann kann ich nicht ganz ernst nehmen, was Sie vorhin alles erzählt haben. Zum Schluss noch etwas zu den Angestellten: Die personelle Situation wurde durch den Stadtrat erledigt und er steht nach wie vor zu 100 % hinter allen. Denn sie sind kompetent, machen einen guten Job und wissen, um was es geht.“

**Die Interpellation ist damit abschliessend behandelt und abgeschrieben.**

- 4. Postulat Stefanie Huber (glp/GEU) und 9 Mitunterzeichnende "Vorgehen bezüglich Gesamtsanierung/Erweiterung Schulhaus Stägenbuck bezüglich Denkmalschutz" / Beantwortung  
GR Geschäft Nr. 167/2017**

---

Antrag Stadtrat

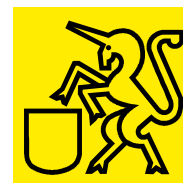
Der Stadtrat beantragt, das Postulat abzuschreiben.

Stellungnahme Stefanie Huber (glp/GEU)

„Im Namen der Unterzeichnenden des Postulats danke ich der Primarschule und dem Stadtrat für die umfassende Aufarbeitung der schon jetzt langen Geschichte rund um die Gesamtsanierung und Erweiterung des Schulhauses Stägenbuck. Wir sind mit der Antwort grossteils zufrieden. Im Frühling



haben wir dieses Postulat überwiesen, das vom Stadtrat Bericht und Antrag für Massnahmen forderte, damit wir ein Projekt zum Schulhaus Stägenbuck bekommen, das ein tragbares Kosten-Nutzen-Verhältnis aufweist und optimale Rahmenbedingungen für den Schulbetrieb bietet. Hintergrund waren die Diskussionen um die Auflagen der Denkmalpflege, die im Rahmen des Wettbewerbs wieder zu reden gegeben hatten. Die Befürchtung war und ist, dass dies einerseits zu Einschränkungen für die Planung des Schulbetriebs, und andererseits zu massiven Mehrkosten führen könnte. Die Grösse dieses Gesamterneuerungs- und Sanierungsprojektes ist eindrücklich. Die Primarschulpflege alleine hat bis 2016 46.8 Mio. Franken für das Stägenbuck im Finanzplan eingestellt - ein ähnlicher Brocken kommt auf die Sekundarschule zu. Ob der Projektierungskredit auf diese Zahl hinauslaufen wird oder an diesem Punkt schon überschossen, und wie viel davon dann dem Denkmalschutz zuzuschreiben ist, ist auch mit der Postulatsantwort noch offen. Des Weiteren gibt es aktuell keine aussagekräftigen Zahlen für einen Variantenvergleich „Tabula rasa und Neubau“, „Gesamtsanierung mit Erweiterung“ und „Gesamtsanierung mit Teilneubau“. Dies wurde 2013 im Rahmen der Testplanung diskutiert, jedoch sind die Varianten für die Diskussion unter den heutigen Rahmenbedingungen nicht mehr brauchbar und auch relativ schwierig lesbar. So wurde schon damals festgestellt, dass eine Rückschlussmöglichkeit auf das Gesamtinvestitionsvolumen nicht möglich ist, es wurde einem inzwischen überholten Raumprogramm zugrunde gelegt und die Testplanung erfolgte ohne Kenntnis der Auflagen des Denkmalschutzes. Die Frage nach dem Variantenvergleich bleibt für uns weiterhin unbeantwortet. Wir haben im Postulat bemängelt, dass die Schutzwürdigkeit der Schulanlage Stägenbuck für Externe nicht nachvollziehbar sei. Die Antworten bezüglich Schutzwürdigkeit der Schulanlage Stägenbuck haben zur allgemeinen Klärung beigetragen. Die Frage nach den Kosten der Aufrechterhaltung des gesellschaftlichen und kulturellen Werts in den nächsten Planungsschritten wird aber in den kommenden Planungsschritten zu beantworten sein. Auch kommt die Haltung der Denkmalpflege für uns als Laien und Externe nicht ganz ohne Widersprüche aus. Bspw. wird immer wieder betont, dass der grosse Wert in der Gesamtanlage liegt, jedoch ist die Denkmalpflege unter Umständen bereit, den Rückbau einzelner Gebäudeteile in Betracht zu ziehen. Das mag sinnvoll sein, hilft aber für das Verständnis als Externe nicht. Und während in Studien der Projektgruppe der „hohe Instandsetzungsbedarf“ festgestellt wird, beruft sich die Denkmalpflege noch im 2014 auf die Bewertung aus dem Jahr 2000, in der von einem „hervorragendem, sozusagen unverändertem Erhaltungszustand“ gesprochen wird. Die Antwort des Stadtrats resp. der Schulpflege umfasst 17 Seiten und nochmal so viele Beilagen - die Fragen rund um den Denkmalschutz sind äusserst komplex und das Verfahren langwierig. Mit dem Postulat haben wir für die Beratung des Projektierungskredits im Parlament wertvolle Vorarbeit geleistet - wären alle diese Fragen erst beim Projektierungskredit aufgeworfen worden, hätte dies höchstwahrscheinlich zeitliche Verzögerungen und Verteuerungen mit sich gebracht, die dem Projekt nicht gut getan hätten und zum falschen Zeitpunkt gekommen wären. Viele Abklärungen und Planungen wären schon erledigt oder hätten neu aufgerollt werden müssen. Ausserdem sind wir überzeugt, dass unser Postulat die Primarschule und die Projektgruppe bezüglich Kosten-Nutzen-Verhältnis noch mehr sensibilisiert hat und wir der Projektgruppe den Rücken stärken, die Auflagen der Denkmalschutzpflege so zu hinterfragen, dass sie für alle sinnvoll und verständlich werden. An dieser Stelle erlauben Sie mir bitte einen kurzen Exkurs zur Geschichtsschreibung und zum Thema Kommunikation. Denn ich hoffe, dass die Denkmalpflege Lehren aus dem Fall Stägenbuck gezogen hat. Lassen Sie mich das ausführen: Das Projekt Stägenbuck wurde im Jahr 2009 gestartet. Der Eintrag zur Schutzwürdigkeit stammt aus dem Jahr 2000. Jedoch wurde erst im Jahr 2012 ein allgemeines Rundschreiben der Baudirektion an die kommunalen Baubewilligungsbehörden versandt - ein spezifischer Hinweis für die jeweilige Gemeinde, ob kommunale Gebäude betroffen sind, fehlte jedoch. Wenn nicht per Zufall die Empfängerperson in dem Moment aus Interesse die Informationen genau auf unsere Gebäude durchforstet, geht so etwas unter. Erst 2014 kam die Information bezüglich Schutzwürdigkeit in der Projektgruppe an. Hätte man im Jahr 2000 von der Denkmalschutzpflege der Primar- und Sekundarschulpflege als Eigentümerinnen der Anlage einen Brief geschrieben mit dem Hinweis zur Schutzwürdigkeit, der Brief wäre mit grösserer Wahrscheinlichkeit im Dossier des Stägenbuck vorhanden gewesen und man hätte ab 2009, von Anfang an, mit



diesen Fakten geplant. Fünf Jahre Planungen, bevor die Schutzwürdigkeit Eingang in die Planungen fand. Es wäre interessant, das Rückkommen, die zusätzlichen Sitzungen, Guthaben, Abklärungen und den Zeitverlust ebenfalls in Franken zu beziffern und bei den denkmalpflegerischen Massnahmen anzurechnen. Dass man als Projektgruppe nicht unbedingt von selbst auf die Idee kommt, dass eine Schulanlage von 1975 schutzwürdig sein könnte, kann man nachvollziehen. Welche Rolle das Gutachten spielt, das die Projektgruppe 2014/2015 selbst in Auftrag gegeben hat, um die Schutzwürdigkeit zu klären, wird sich noch zeigen. Wie geht es nun weiter? Die Postulanten begrüßen die in der Antwort vorgeschlagenen Massnahmen für die kommenden Schritte. Dazu gehören namentlich die detaillierten Kostenprognosen, der Beizug einer auf Baukosten spezialisierten Expertenfirma und der Einbau eines Zwischenschrittes, um die Mehrkosten der denkmalpflegerischen Massnahmen besser abschätzen zu können. Mit dem Bericht zum erwähnten Zwischenschritt können die relevanten Weichen bezüglich weiterem Vorgehen Denkmalschutz gestellt werden: Hat es eines der eingegebenen Projekte geschafft, die widersprüchlichen Anforderungen der verschiedenen Beteiligten kreativ aufzulösen? D.h. können trotz denkmalpflegerischen Vorstellungen gute Lösungen für den künftigen Betrieb und Unterhalt gefunden werden? Sind die Kosten für die denkmalpflegerischen Massnahmen „annehmbar“? Anscheinend wird sich diese Frage zu einem guten Teil an der energetischen Sanierung der Fassade entscheiden. Und nicht zuletzt: Lohnt sich allenfalls als ultimo ratio ein Provokationsbegehren? Wir sind deshalb überzeugt, dass der Zwischenschritt an dieser Stelle richtig ist, sollten die Kosten doch offen auf dem Tisch liegen und ein Provokationsbegehren noch einmal geprüft werden, falls die Kosten aus dem Ruder zu laufen drohen. Wir hoffen, dass die Sekundarschulpflege diesen auch mitträgt. Wir hoffen also auf einen Antrag der Primarschule an den Stadtrat und wenn nötig, an das Parlament, damit der Zwischenschritt durchgeführt und wir einen entsprechenden Bericht erwarten können. Dies in der Hoffnung, das Postulat dann nicht nur aufgrund einer ausführlichen Antwort und guten nächsten Schritten abschreiben zu können, sondern weil wir so weit als möglich sicher sind, dass der Projektierungskredit die Wünsche des Parlaments bezüglich Praktikabilität und Kosten-Nutzen abzudecken vermag. Dies ist der Grund, dass wir trotz grosser Zufriedenheit mit der Antwort und den vorgeschlagenen Massnahmen die Aufrechterhaltung des Postulats beantragen. So stärken wir weiterhin der Projektgruppe den Rücken für die erwähnten Schritte und können als Parlament noch einmal vor dem Projektierungskredit einbezogen werden.“

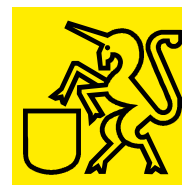
#### Stellungnahme Stadträtin Susanne Hänni (glp/GEU)

„Der Stadtrat hat in dieser Antwort den Prozess der Entwicklung dieses Projekts seit 2009 möglichst ausführlich aufgezeigt und damit transparent gemacht, was in dieser Zeit alles passiert ist. Mit dem Vorschlag eines Zwischenschrittes, in dem alle nötigen Entscheidungsgrundlagen für das weitere Vorgehen für das Parlament erarbeitet werden, ist der Stadtrat der Meinung, dass der Prozess gut aufgegleist ist. Damit haben Sie als Gemeinderat die Möglichkeit, sich vor der Genehmigung eines grösseren Projektierungskredites einen Überblick über die Kostenfolgen zu verschaffen und beim weiteren Vorgehen mitsprechen zu können. Das Postulat kann aus Sicht des Stadtrates darum abgeschrieben werden.“

#### Allgemeine Diskussion

##### *Patrick Schärli (CVP)*

„Als Mitunterzeichnender des Postulats möchte ich mich ebenfalls für die gute Antwort beim Stadtrat bedanken. Die sehr detaillierte Aufarbeitung hat gezeigt, wie notwendig das Postulat damals war. Das Thema ist - wie vorhin von Stefanie Huber erklärt - damit aber noch lange nicht abgeschlossen. Es ist und bleibt wesentlich und darf daher nicht einfach ad acta gelegt werden. Es ist wichtig, gegenüber dem Denkmalschutz weiterhin eine klare und geschlossene Haltung zu demonstrieren. Daher dürfen wir das Postulat jetzt nicht einfach abschreiben und in die Schublade packen, sondern müssen es



aufrechterhalten, damit das Thema auf der Agenda aller Beteiligten bleibt. Ich fordere alle Anwesenden auf, den Antrag auf Aufrechterhaltung zu unterstützen.“

## Abstimmung

Das Postulat „Vorgehen bezüglich Gesamtsanierung/Erweiterung Schulhaus Stägenbuck bezüglich Denkmalschutz“ wird mit 21 zu 10 Stimmen aufrechterhalten.

## 5. Interpellation Tanja Walliser (SP/Grüne) "Vorwürfe gegenüber ORS häufen sich" / Beantwortung GR Geschäft Nr. 185/2017

### Stellungnahme Tanja Walliser (SP/Grüne)

„Als erstes übergebe ich das Wort unserer reformierten Pfarrerin Catherine McMillan, die sich zu diesem Thema im Wort zum Sonntag geäußert hatte (*zeigt Filmausschnitt*).

Wie gesagt, war dies die reformierte Pfarrerin von Dübendorf, Catherine McMillan. Sie spricht von Dübendorf und der Firma ORS, die in Dübendorf die Flüchtlinge betreut. Ich möchte einen Satz nochmals wiederholen: *„Ich kann als Augenzeugin bestätigen, dass die Flüchtlinge oft unter menschenunwürdigen Bedingungen untergebracht werden.“*

Uns wird ja vielfach vorgeworfen, wir würden eventuell etwas zusammendichten, was wir alles hören. Aber vielleicht glauben sie uns ja, wenn es die Pfarrerin sagt. Zwar hat sie eigentlich schon alles gesagt, trotzdem sage ich noch ein paar Sachen zur Interpellation.

Zu den Unterkünften: Mitte Jahr ist nur unter Druck der Öffentlichkeit nochmals eine Renovation erfolgt. In einem offenen Brief vom Mai 2016, unterschrieben von verschiedenen Persönlichkeiten aus Dübendorf, sind die unhaltbaren Zustände an der Gärtnerstrasse und Schloßstrasse kritisiert und mit Fotos belegt worden. Erst danach wurden die nötigsten Renovationen vorgenommen.

Den Asylsuchenden und den anerkannten Flüchtlingen werden aus den Unterstützungsgeldern an der Gärtnerstrasse 5 pro Jahr insgesamt Fr. 230'400.00 für die Miete abgezogen (pro Person wird Fr. 400.00 für die Miete verrechnet, ein Vierbettzimmer kommt so auf Fr. 1'600.00). An der Zürcherstrasse 127 sind in einer Grosswohnung 20 Personen in Zimmern mit bis zu 4 Personen untergebracht, pro Jahr werden dafür Fr. 100'000.00 von den Unterstützungsgeldern abgezogen. Für diesen immensen Betrag könnte die Stadt Dübendorf eine wirklich angemessene und würdige Unterkunft leisten. Keine lagermässige Unterkunft, sondern Unterkünfte organisiert in kleineren Wohneinheiten, ausgerüstet mit einfachen Küchen und Gemeinschaftsräumen. Eine solche für alle überschaubare Organisation würde auch den Stress für die Bewohner und die Betreuer reduzieren und die Selbstverantwortung fördern. Die Frage nach dem Marktpreis der angemieteten Objekte ist leider nicht beantwortet worden. Es macht nach wie vor den Eindruck, dass einzelne Mietobjekte (vor allem die älteren Liegenschaften) zu absolut überhöhten Mietzinsen angemietet werden. Die Stadt Dübendorf darf dazu keine Hand bieten. Zu der Frage der ungerechtfertigten Abzüge: Die Personen, welche in Dübendorf tagtäglich mit Flüchtlingen zu tun haben, werden immer wieder auf solche Abzüge aufmerksam gemacht. Es handelt sich dabei bspw. um Reparaturkosten (bspw. ein defektes Lavabo), welche in einem anderen Fall ganz klar Sache des Vermieters wäre. Die Aufgabe der Sozialbehörde als Aufsichtsbehörde wäre es zu überprüfen, ob es rechtmäßig ist, die Kosten auf die Bewohner abzuwälzen. Die Überprüfung wäre ganz einfach möglich, indem die monatlichen Abrechnungen der ORS kontrolliert würden. Gerechtmäßig ist es sicher nicht.

Zu den Kriterien, nach denen der Auftrag der ORS übertragen wurde: Es ist ein offenes Geheimnis, dass das Lohnniveau bei der ORS sehr tief ist und dass kaum Kosten für Aus- und Weiterbildungen übernommen werden. Und natürlich sollte das unsere Gemeinde auch etwas angehen. Weil davon hängt die Dienstleistungsqualität logischerweise massgeblich ab. Aber wer glaubt, dass ein Studium



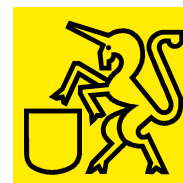
in Ethnologie befähigt, Flüchtlinge zu betreuen, wie man in der Antwort lesen kann, ist von der Materie sowieso relativ weit weg. Personalpolitik ist genau eines der Kriterien, welche man bei der Vergabe eines solchen Auftrags unbedingt beachten müsste. Sowieso beantwortet der Stadtrat meine Frage nach der Auftragsvergabe nicht. Darum wiederhole ich sie nochmals: Nach welchen Kriterien ist der Auftrag der ORS übertragen worden? Die Vermutung liegt eben schon sehr nahe, dass es ein einziges Kriterium gibt: und zwar die Kosten. Die Firma ORS ist schlichtweg der billigste Anbieter. Und zwar auf Kosten der Flüchtlinge, auf Kosten der Mitarbeitenden und schlussendlich, meine Damen und Herren, auch auf Kosten den Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Denn eines ist sonnenklar: Eine Vernachlässigung in der Betreuung rächt sich irgendwann in höheren Kosten im Sozialwesen. Denen Asylsuchenden und Flüchtlingen, welche in keinen Kursen sind, werden seit Jahren keine Strukturen angeboten. Nur für einzelne gibt es ab und zu die Möglichkeit von Arbeitseinsätzen. Die meisten gehen in Gratisdeutschkurse, welche von Freiwilligen geführt werden. Gemeinsame Freizeitaktivitäten und Ausflüge gibt es kaum. Das hat zur Folge, dass viele, die seit bald zwei Jahren auf ihren Asylentscheid warten, sehr schlecht Deutsch können. Sie haben kaum oder wenig Kontakt zu Einheimischen. Es fehlt an Projekten in Dübendorf, die sich dem Thema annehmen. Die SP/Grüne-Fraktion wird sich dafür einsetzen, dass dafür in Zukunft genügend finanzielle und personelle Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Und wir werden uns dafür einsetzen, dass in Zukunft die Flüchtlingsbetreuung einer vertrauenswürdigen Firma übertragen wird. Zum Schluss komme ich auch da wieder zu etwas Ähnlichem zurück, wie schon bei der Interpellation betreffend Sozialamt. Das Menschenbild, welches unserem politischen Handeln zugrunde liegt. Ich kann nicht nachvollziehen, wieso man Menschen, die vor Krieg oder Elend flüchten, kein menschenwürdiges Leben ermöglichen möchte. Wie man denen das Leben schwer machen kann, die sich dazu entschliessen, ihre Heimat zu verlassen, sich auf einen gefährlichen Weg machen, um sich und ihren Familien ein besseres Leben zu ermöglichen. Wenn ich meinen Sohn in Eritrea oder Syrien aufziehen müsste, würde ich mich wohl für den gleichen Schritt entscheiden. Und könnte dann nur hoffen, an einem Ort zu landen, an dem wie in Dübendorf unzählige Freiwillige tagtäglich dafür sorgen, dass das, was der Staat nicht leisten will, mit tausenden Stunden Gratis-Einsatz aufgefangen wird.“

#### Stellungnahme Stadtrat Kurt Spillmann (SVP)

„Ich will nur auf zwei Sachen eingehen. Ich stelle einfach fest, dass Sie, Frau Walliser, die Antworten des Stadtrats wohl nicht genau gelesen haben. Betreffend Kriterien: Für die Stadt Dübendorf stehen eine angemessene Betreuung von Asylsuchenden und Flüchtlingen und die Dienstleistungsqualität des Anbieters im Zentrum. Das Geschäftsergebnis interessiert die Stadt Dübendorf nicht. Dies ist kein Kriterium bei der Vergabe eines solchen Auftrags. Zur Firma ORS muss ich Ihnen einfach eines sagen: Die Stadt Dübendorf hat langjährige Erfahrung in diversen Formen und Organisationen in der Asyl- und Flüchtlingsbetreuung. Mit diesem Hintergrund und diesen Erfahrungen, werden alle von der Stadt Dübendorf gestellten Anforderungen durch die aktuelle Betreuungssituation zu 100 % erfüllt. Der aktuelle Vertrag läuft bis im März 2019. Und auf diesen Zeitpunkt hin können wir dann wieder neu evaluieren und diese Frage dann allenfalls auch beantworten. Die Firma ORS steht in engem Austausch mit uns. Und die Asylunterkünfte sollten Sie vielleicht zuerst einmal besichtigen, damit Sie die Zustände auch kennen, bevor Sie hier einfach in den Raum hinausrufen, unter welchen menschenunwürdigen Situationen diese Flüchtlinge und Asylsuchende sich in Dübendorf aufhalten. Und das Wort zum Sonntag mit Frau McMillan habe ich mir auch angeschaut. Dazu möchte ich allerdings nichts sagen.“

#### Allgemeine Diskussion

Keine.



**Die Interpellation ist damit abschliessend behandelt und abgeschrieben.**

**6. Postulat Daniel Burkhardt (SVP) "Erfassung der Konfession durch die Einwohnerkontrolle" / Begründung und Überweisung  
GR Geschäft Nr. 201/2017**

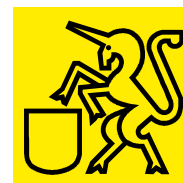
Begründung Postulat:

*Daniel Burkhardt (SVP)*

„Seit 2016 erfasst die Einwohnerkontrolle der Stadt Dübendorf aufgrund einer Empfehlung des Verbandes der Zürcher Einwohnerkontrollen und des Kantonalen Datenschützers nur noch die staatlich anerkannten Religionen im Einwohnerregister. Somit werden nur noch katholisch, reformiert, christkatholisch und israelitisch namentlich aufgeführt. Der Rest, rund die Hälfte der Einwohner von Dübendorf, fällt unter die Kategorie „Andere“. Im Sinne der Transparenz und der Wertschätzung, welche die Stadt Dübendorf all ihren Bewohnern und Religionsgemeinschaften entgegenbringen sollte, kann es nicht sein, dass etwas, was für viele Menschen von zentraler Bedeutung ist, ausgeklammert und damit ein grosser Teil der Bevölkerung diskriminiert wird. Entsprechend verlange ich, dass sämtliche Religionen wieder erfasst werden, so wie es die Verwaltung vor dieser unsinnigen Empfehlung auch gemacht hatte. Zusätzlich verlange ich, dass die fünf grössten Religionen, welche in Dübendorf existieren, im Geschäftsbericht veröffentlicht werden. Geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen, die Dübendorfer Bevölkerung interessiert sich für diese Thematik und will nicht, dass wir die Entwicklung einfach unter den Tisch kehren, weil wir Angst davor haben, dass jemand aufgrund seiner Religionszugehörigkeit diskriminiert werden könnte. Nur so können wir auf allfällige Entwicklungen reagieren, anstatt blind danebenzustehen. Und ich kann Ihnen sagen, dass nicht nur die SVP, sondern auch die unter „Andere“ eingetragenen Religionen sich für die Religionszugehörigkeiten interessieren. Und ich möchte Ihnen in diesem Zusammenhang gerne die Antwort der Medienstelle der Vereinigung der Islamischen Organisationen im Kanton Zürich (VIOZ) zeigen (*zeigt Bild*). Liebe Anwesende, dass die Interessen des VIOZ und unsere nicht die gleichen sind, liegt auf der Hand. Klar ist aber auch, dass die Betroffenen keine Angst vor einer Diskriminierung haben. Es geht bei dieser Frage um Transparenz bei allen Religionen und darum, ob die Konfession einen Stellenwert hat. Und es geht darum zu beurteilen, ob die Religion für die Einwohner und für uns relevant ist oder nicht. Besten Dank für die Überweisung des Postulats.“

*Stellungnahme Stadtpräsident Lothar Ziörjen (BDP)*

„Ich will mich gar nicht auf eine Diskussion bzw. einen Meinungs austausch einlassen, zu dem, was der Postulant gesagt hat. Ich werde darum einfach zu dem Stellung nehmen, was Fakt ist. Nämlich, ob dies der Stadtrat kann oder nicht. Es ist tatsächlich so - wir haben dies auch nochmals abgeklärt - dass es sich nicht um eine Empfehlung handelt, sondern es ist nach der Kantonsverfassung nicht möglich, diese Erfassung vorzunehmen. Es ist eindeutig und klar bestätigt, dass man die aufgeführten fünf Religionen aufführen darf/kann/muss, jedoch alle anderen nicht. Die Kantonsverfassung lässt nicht mehr zu. Und da nützt es auch nichts, wenn andere dies freiwillig gerne hätten. Übrigens ist es darum auch systemtechnisch durch die VRSG nicht möglich. Von da her ist es eigentlich klar, dass man auf das Postulat gar nicht eintreten kann. Oder anders gesagt: Wir können es gar nicht umsetzen. Wenn es nicht abgeschrieben wird bzw. wenn das Postulat heute überwiesen wird, dann müssten wir nachher in der Postulatsbeantwortung das gleiche nochmals wiederholen, das ich jetzt sage. Wir könnten dann einfach noch die Kantonsverfassung beilegen und die entsprechenden Artikel zitie-



ren. Am Schluss wären wir wieder am gleichen Ort, wir können und dürfen es nicht umsetzen. Darum bitte ich Sie, dieses Postulat nicht zu überweisen.“

## Allgemeine Diskussion

### *Andrea Kennel (parteilos)*

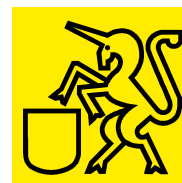
„Sie haben es gehört, der Verband der Zürcher Einwohnerkontrollen sowie der Datenschützer des Kantons Zürich empfehlen den Einwohnerkontrollen, nur die staatlich anerkannten Religionen zu erfassen. Wir haben nun gehört, dass dies sogar zwingend ist. Es macht auch Sinn, auch wenn es nur eine Empfehlung wäre, die Empfehlung des Kantons zu übernehmen. Im vorliegenden Fall gibt es keinen Grund, das nicht zu machen. Das Thema ist nicht wichtig genug, um hier zu versuchen, sich quer zu stellen. Konzentrieren wir uns doch lieber auf Menschen und deren Integration statt auf Statistiken und Zahlen. Darum lehnen Sie das Postulat bitte ab. Dann möchte ich auch noch kurz ans Votum von Orlando Wyss betreffend verursachten Kosten erinnern. Ich finde es noch spannend, dass wenn gegen Missstände, die sehr offensichtlich sind, Vorstösse gemacht werden, das Argument kommt, dass dies unnötige Kosten seien. Ich glaube, gegen eine Empfehlung des Kantons sich mit einem Postulat zu wehren versuchen, ist viel unnötiger und würde Kosten verursachen. Darum bitte ich Sie, dies heute zu stoppen und nein zu sagen.“

### *Patrick Walder (SVP)*

„Ich möchte kurz zwei Punkte aufnehmen. Bis vor kurzem hat das Einwohneramt der Stadt Dübendorf dies erfasst und konnte es entsprechend auch publizieren. Und jetzt soll es plötzlich nicht mehr möglich sein resp. mit Aufwand verbunden sein? Wenn der Stadtpräsident sagt, dass es im VRSG nicht möglich sei, dann muss es entweder mit diesem Softwareanbieter möglich gemacht werden oder auf eine andere Art erfasst werden. Ich erinnere hier an das ganz einfache Programm Excel. Der Kostenaufwand, um so etwas zu erfassen, ist minim. Und wenn man sich daran erinnert, was Daniel Burkhardt vorhin gezeigt hat, interessiert es ja auch gerade die Organisationen, die mit solchen Personen arbeiten dürfen resp. müssen. Und das, Andrea Kennel, das ist Integration, wenn man diesen Menschen nicht das Leben erschwert. Der grosse Unterschied ist, dass ihr einfach von Fällen behauptet resp. Sachen zitiert, welche ihr aber nicht zeigt. Und wir sprechen mit diesen Organisationen und können so Fakten für alle ersichtlich zeigen. Und nun müsst ihr euch einfach noch etwas abschliessend fragen: Wenn diese Anfrage, ob man die Konfessionen wieder erfassen könnte, nicht von der SVP, sondern direkt von dieser Organisation gekommen wäre, dann glaube ich euch nicht, dass ihr dann dagegen gewesen wärt.“

### *Patrick Schärli (CVP)*

„Die Religionszugehörigkeit ist in der Politik und in der Gesellschaft seit geraumer Zeit wieder zum Thema geworden. Wir dürfen uns in Dübendorf dieser Thematik, bei der oft aus persönlichen Ängsten mit Unwissen und Halbwahrheiten argumentiert wird, nicht verschliessen. Zudem fördern wir eine differenzierte Diskussion nicht, indem wie im Geschäftsbericht der Stadt eine Statistik abbilden, die so wenig aussagt, dass diese frei interpretierbar wird. Es gilt Transparenz zu schaffen, um eine allfällige Diskussion, falls denn eine Diskussion wirklich nötig sein sollte, sachlich führen zu können. Die CVP-Fraktion wird trotz den Argumenten und Ausführungen des Stadtpräsidenten das vorliegende Postulat unterstützen. Wichtig für uns ist, wie mit Fakten umgegangen wird. Diese dürfen auf keinen Fall für Polemik missbraucht werden, was auch von einem respektvollen politischen Umgang zeugt. Aber selbst wenn dieses Risiko besteht, ist es auch keine Lösung, etwas unter den Tisch fallen zu lassen. Eine andere mögliche Alternative wäre es, die Konfessionen ganz aus dem Geschäftsbericht wegzulassen. Es hat im Geschäftsbericht ohnehin sehr viele Statistiken. Ob diese immer von allgemeinem Interesse sind, möchte ich an dieser Stelle nicht hinterfragen.“



*Reto Steiner (SVP)*

„Wenn der Stadtpräsident schon sagt, es wäre laut Kantonsverfassung nicht möglich und wenn wir das Postulat überweisen würden, könnte er nur nein zum Postulat sagen und uns dann die entsprechenden Fakten auf den Tisch legen, dass dies nicht zulässig wäre: Eigentlich hätte ich dann erwartet, dass der Stadtpräsident uns diese Fakten bereits heute auf den Tisch legt, dann wäre die Diskussion beendet gewesen. Das hat er nicht gemacht. Somit sollten wir heute alle das Postulat überweisen, weil dann würden wir bei der Beantwortung des Stadtrates sehen, ob es möglich ist oder nicht.“

*Andrea Kennel (parteilos)*

„Ich möchte Patrick Walder kurz eine Antwort geben. Patrick, du kennst mich. Und du weisst, dass wenn ich eine Vorlage der SVP gut finden würde, ich diese dann auch unterstützen würde. Es ist egal, von welcher Seite dies kommt. Wenn wir gegen eine Empfehlung des Datenschützers vorgehen wollen, braucht es für mich wirklich wichtige Gründe. Und diese Zahlen und Statistiken sind einfach nicht wichtig genug, um hier gegen eine kantonale Empfehlung ein Postulat einzureichen. Den Vorschlag der CVP, gleich alle Statistiken bezüglich Religionen wegzulassen, finde ich viel besser und sinnvoll.“

*Orlando Wyss (SVP)*

„Ich möchte einfach daran erinnern, dass wir dieses Thema bereits vor über zehn Jahren diskutiert haben. Vor über zehn Jahren hatten wir einen Geschäftsbericht mit den genau gleich lückenhaften Aufzählungen. Und ich hatte mehr als einmal moniert, dass man im Geschäftsbericht alle Religionsgemeinschaften abbilden sollte. Es dauerte ungefähr zwei bis drei Jahre, bis dies wirklich umgesetzt wurde. Personen aus dem Stadtrat und/oder der Verwaltung haben sich dagegen gewehrt. Wahrscheinlich hatte dies andere Gründe, als dass es viel Arbeit geben würde. Denn viel Arbeit gibt dies nicht. Und wahrscheinlich hat darum der Stadtrat dies bei der erstbesten Gelegenheit auch wieder herausgekippt. Ich bin nicht davon überzeugt, dass man diese Informationspflicht, die ein Geschäftsbericht eigentlich hat, nicht lückenlos umsetzen dürfte. Damit bildet man die Hälfte der Einwohner in einem „schwarzen Loch“ ab und dies kann nicht Sinn und Zweck eines Geschäftsberichts sein.“

## **Abstimmung**

Das Postulat „Erfassung der Konfession durch die Einwohnerkontrolle“ wird mit 22 zu 13 Stimmen abgelehnt und sofort abgeschrieben.

## **7. Bürgerrechtsgesuche:**

---

Der Gemeinderat fasst, gestützt auf Art. 29, Ziff. 4.12 der Gemeindeordnung der Stadt Dübendorf vom 5. Juni 2005, die nachfolgenden Beschlüsse:

### **7.1. Kadrii Afrim, mazedonischer Staatsangehöriger, Dübendorf / Genehmigung GR Geschäft Nr. 196/2017**

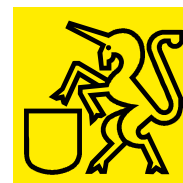
---

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 32 zu 0 Stimmen zu.

## Beschluss

1. Gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von 1'450 Franken wird in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen:





Name Kadrii  
Vorname Afrim  
Geburtsjahr 1988  
Staatsangehörigkeit Mazedonien

2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug.

## **7.2. Nuzzo-Pugliese Margherita, italienische Staatsangehörige, Dübendorf / Genehmigung GR Geschäft Nr. 197/2017**

---

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 27 zu 3 Stimmen zu.

### Beschluss

1. Gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von 1'450 Franken wird in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen:

Name Nuzzo-Pugliese  
Vorname Margherita  
Geburtsjahr 1954  
Staatsangehörigkeit Italien

2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug.

## **7.3. Nadas Tibor, ungarischer Staatsangehöriger, Dübendorf / Genehmigung GR Geschäft Nr. 200/2017**

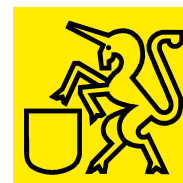
---

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 30 zu 0 Stimmen zu.

### Beschluss

1. Gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von 1'450 Franken wird in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen:

Name Nadas  
Vorname Tibor  
Geburtsjahr 1955  
Staatsangehörigkeit Ungarn



2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug.

## 8. 1. Fragestunde im Amtsjahr 2017/2018

Der Gemeinderatspräsident erläutert das Vorgehen. Insgesamt sind 15 Fragen eingereicht worden. Die Beantwortung erfolgt in der Reihenfolge des Eingangs. Der Ratspräsident weist darauf hin, dass die Begründungen der Fragen kurz zu halten sind.

### 1. Orlando Wyss (SVP):

### Aufhebung P+R-Parkplätze am Stettbach

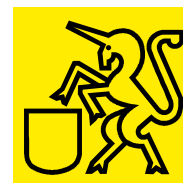
„Während der Beratung des Geschäfts „Privater Gestaltungsplan Areal Hoffnig“ wurde uns in der KRL mitgeteilt, dass während der Bauphase ein Ersatz für die Park and Ride Parkplätze in Stettbach gesucht werde. Völlig überraschend mussten die Benutzer dieser Parkplätze vor ca. einem Monat auf einer Infotafel erfahren, dass es zwischen Dezember 2017 und September 2021 keinen Ersatz für diese Parkplätze gibt. Ein nicht haltbarer Zustand, wenn man die Wichtigkeit und die Nutzung dieser Parkplätze kennt.“

#### Fragen

1. Was ist der Grund, dass die Park and Ride Parkplätze in Stettbach ersatzlos aufgehoben werden?
2. Was wurden für Alternativlösungen gesucht?
3. Mit wem wurden über die Parkplatzsuche Gespräche geführt?“

#### Stadtpräsident Lothar Ziörjen (BDP)

„Es ist richtig. Wir haben tatsächlich darüber diskutiert, was wir mit diesen P+R-Parkplätzen während der Bauzeit machen. Als erstes haben wir mit der Bauherrschaft die Möglichkeiten gesucht, ob diese Parkplätze temporär in Etappen auf den jeweiligen zu bebauenden Grundstücken erstellt werden könnten. Es hat sich dann ergeben, dass dies aus praktischen Gründen nicht möglich ist. Vor allem, weil die Tiefgarage und die Unterniveaugarage das gesamte Grundstück betreffen bzw. es gibt einen Aushub, der eigentlich den ganzen Perimeter abdecken wird. Damit hat sich dies als nicht machbar ergeben. Wir haben dann weiter nach Lösungen gesucht. Wir hatten die Idee, dass das Gelände auf der gegenüberliegenden Seite des Bahnhofs, auf dem freien Gelände beim hinteren Ausgang der SBB, auf dem man vor Jahren einmal ein Parkhaus erstellen wollte, dafür genutzt werden könnte. Wir mussten auch darauf achten, dass sich diese Parkplätze in allernächster Fussdistanz befinden, damit sie überhaupt benutzt werden. Es hat sich wiederum ergeben, dass dies nicht geht, weil das Gelände nicht eingezont ist bzw. wurde durch eine Änderung des regionalen Richtplans durch den Regierungsrat und den Kanton bestimmt wurde, dass man dort keine P+R-Anlage erstellen dürfe. Auch noch ergeben hat sich - das hat mich dann auch etwas überrascht - dass man nicht nur keine definitive Anlage machen dürfe, sondern, dass auch eine temporäre Ersatzanlage auf diesem Grundstück nicht erstellt werden darf. Der Kanton bewilligt uns dies nicht. Es liegt gar nicht in unserer Hoheit, wir dürfen dies nicht machen. Dazu kommt, dass das Grundstück der Stadt Zürich gehört und nicht der Stadt Dübendorf. Ein Grundstück auf der anderen Seite, weiter hinten bei der Samsung Hall auf einer Reservezone, war das nächste, welches wir angeschaut haben. Dort hat sich dann das genau gleiche ergeben, nämlich dass es nicht geht. Es hat sich dann auch ergeben, dass andere Baugrundstücke, die heute noch frei wären, über die Jahre, in denen gebaut wird, nicht zur Verfügung gestellt werden wollen. Dort haben wir eine Absage erhalten. Und so hat sich eins ums andere ergeben, dass es eben nicht geht. Wir mussten konsterniert feststellen, dass wir im Bereich rundherum, der sich in



Fussdistanz befindet, nicht fündig geworden sind, damit wir eine Ersatzanlage anbieten könnten. Darum haben wir uns gefragt, was wir im Moment machen können. Im Moment können wir rechtzeitig eine Tafel aufstellen und auf die P+R-Parkplätzen beim Bahnhof Dübendorf hinweisen. Damit wenigstens diejenigen, die immer wieder auf diesem Bahnhof sind, rechtzeitig lesen können, was die Alternative wäre. Wie werden aber weitersuchen und vielleicht finden wir auch noch eine Lösung. Im Moment haben wir aber noch keine.“

## 2. Alexandra Freuler (SP/Grüne): Friedhof

„Im hintersten Teil vom Friedhof, bei den Apfelbäumen, wurde vor wenigen Wochen ein neuer Weg inkl. vier Sitzgelegenheiten erstellt, da es eine neue Form von Bestattung geben wird (*zeigt Bilder*). Das Endresultat sieht auf den ersten Blick sehr hübsch aus. Leider hat man beim Bau der Sitzgelegenheit nicht an die Sommermonate resp. an die sonnigen Tage gedacht. Denn die Sitzgelegenheit besteht aus schwarzem Schieferstein. Das bedeutet, dass wenn die Sonne scheint, sich der Schieferstein erwärmt. Selbst im Oktober war die Sonne noch genügend stark, dass sich der Schieferstein erwärmt hat und es sehr angenehm war, sich darauf zu setzen. Bei warmen Temperaturen wird es aber nicht mehr möglich sein, diese Sitzgelegenheiten zu nutzen, da die Steine so heiss werden, dass man sich nicht mehr darauf wird setzen können.

### Fragen

1. Wieso hat man sich für einen schwarzen Schieferstein entschieden, welcher zwar sehr schön aussieht, aber an schönen und warmen Tagen nicht mehr nutzbar ist?
2. Beim Bau des neuen Weges wurde ein Flies/Plastik eingebaut, damit das Unkraut nicht mehr wachsen kann. Obwohl der Weg nun fertig erstellt ist, schaut das Flies an vielen Orten hervor, was nicht sehr schön aussieht. Was wird unternommen, damit das Flies nicht mehr sichtbar ist? Vor allem beim Übergang neuer Weg zum Hauptweg?“

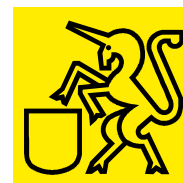
### Stadtrat Jürgen Besmer (FDP)

„Die Fragen werden wie folgt beantwortet:

1. Wir haben natürlich dem optischen Aspekt eine hohe Gewichtung gegeben. Unser Bestreben ist klar, einen schönen und gepflegten Friedhof in Dübendorf zu haben. Diese Sitzgelegenheit ist relativ nahe beim Blätterdach der Obstbäume und den anderen Bäumen, so dass wir davon ausgehen, dass in den heissen Monaten genug Beschattung vorhanden ist. So sollte sich die Oberfläche nicht allzu stark erwärmen. Natürlich werden wir das Thema auch weiterhin beobachten. Wenn die Oberfläche wirklich heiss werden würde, könnten wir noch Massnahmen ergreifen.
2. Es handelt sich um Flies und nicht um Plastik, denn das Wasser muss durchfliessen können. Es ist gegen Unkraut, das von unten heraufwachsen könnte und dient auch als Stabilisation für den Weg. Die Bauphase wurde erst kürzlich abgeschlossen. Bei der Abnahme hat man diesen Punkt bemängelt. Bis Ende Woche 45 sollte dieser Mangel behoben werden.“

## 3. Angelika Murer Mikolasek (glp/GEU): Entenfüttern an der Glatt

„Inzwischen wurde die Glattbrücke saniert und der Uferbereich wurde neu gestaltet und aufgewertet. Gleich geblieben ist wohl die hohe Zahl der Enten bei der Glattbrücke, ein Anziehungspunkt gerade für Kinder. Die Enten werden jedoch sehr häufig mit Brot gefüttert. Brot enthält einige Inhaltsstoffe, die für Vögel schädlich sind (bspw. Salz). Zudem bindet das Füttern die Vögel an bestimmte Orte, was zum Teil zu massiven Verschmutzungen führt. Schliesslich fördert das Brot Ratten. Wenn man die Enten füttern möchte, wäre es besser, zu geeigneten Lebensmitteln zu greifen, wie Haferflocken, Salat, gekochter Reis, Mais etc. Seit Sommer 2015 ist das Füttern der Vögel am Greifensee und Pfäfersee verboten. Dort wird mit entsprechenden Tafeln darauf aufmerksam gemacht. In Dübendorf ist das Füttern soviel ich weiss zwar erlaubt, aber trotzdem schädlich.



## Frage

1. Gibt es in Dübendorf Probleme wegen dem Entenfüttern wie Verschmutzung, Ratten etc.?
2. Was hält der Stadtrat von der Idee, allenfalls mit einer Informationstafel oder anderen geeigneten Massnahmen darauf aufmerksam zu machen, dass das Brotfüttern schädlich ist und welches Futter geeigneter wäre?“

## Stadtrat Jürgen Besmer (FDP)

„Die Fragen werden wie folgt beantwortet:

1. Nein, es gibt kein Problem mit der Verschmutzung durch diese Tiere. Auch sind nicht mehr Ratten aufgekommen.
2. Wir sind uns dieser Problematik bewusst, dass diese Brotfütterung nicht unbedingt geeignet ist. Wir wollen aber noch zuwarten mit Infotafeln und zuerst die Situation beobachten und schauen, wie die Bevölkerung den Park im nächsten Frühling/Sommer überhaupt wahrnimmt. Denn bis jetzt wurde er eher schlecht genutzt. Sollten wir Personen beobachten, welche säckeweise Brot ausleeren, müssten wir selbstverständlich handeln. Bevor wir etwas verbieten, werden wir aber sicher zuerst mit Infotafeln arbeiten. Denn wenn wir es verbieten, müssen wir es nachher auch durchsetzen, was auch nicht immer einfach ist.“

## 4. Paul Steiner (SVP):

### Umsetzung neue Parkverordnung

„Die Umsetzung der neuen Parkordnung gibt nicht nur mir zu denken, wie man verschiedenen Leserbriefen der letzten Wochen im Glattaler entnehmen konnte. Stellvertretend beziehe ich mich auf die Sonnenbergstrasse, bei der ich praktisch jeden Tag durchfahre. Hier wurden die Parkfelder zum Teil wie bisher belassen, zum Teil jedoch ohne nachvollziehbaren Grund, also völlig willkürlich, auf die Strasse verlegt. Damit ist - zumindest aus Laiensicht - die Verkehrssicherheit insgesamt klar schlechter geworden, also wie man so schön sagt, die Situation wurde verschlimmbessert. Sowohl für Bus und Autos, als auch für die Radfahrer sind zwei künstliche, gefährliche Nadelöhre entstanden, besonders in der Nacht und bei Nässe. Für die Fussgänger hat sich nichts verändert, konnten sie doch auch bisher trotz den Parkplätzen problemlos auf den Trottoirs zirkulieren.

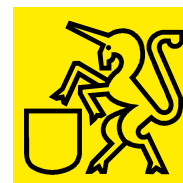
## Fragen

1. Hat der Stadtrat Kenntnis von der Unzufriedenheit von Teilen der Anwohner mit der neuen Situation?
2. Ist der Stadtrat gewillt, die Situation nochmals zu prüfen und allenfalls zu verbessern?
3. Ist der neu herrschende Schilderwald tatsächlich notwendig?
4. Ist die Sonnenbergstrasse als Unfallschwerpunkt bekannt?“

## Stadtrat André Ingold (SVP)

„Die Fragen werden wie folgt beantwortet:

1. Ich spreche nun von mir und nicht vom Gesamt-Stadtrat. Ich als Sicherheitsvorstand wurde von zwei Personen direkt auf diese Situation angesprochen.
2. Im Rahmen des Gesamtverkehrskonzepts hat der Stadtrat festgehalten, dass er Massnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit bei Schulen und Kindergärten prüfen wird. Diesbezüglich wurde ein flächendeckendes Gutachten mit Prioritäten und Massnahmen erstellt. Die Abklärungen auf der Raubbühl- und Sonnenbergstrasse mit verdeckten Geschwindigkeitskontrollen haben ergeben, dass Massnahmen betreffend Geschwindigkeitsniveau sinnvoll und nötig sind. Darum haben wir diese versetzten Parkplätze so angeordnet an der Sonnenbergstrasse. Selbstverständlich, und das machen wir bei jeder umgesetzten Massnahme, wird die Situation im Auge behalten,



weitere Messungen gemacht und je nach Resultat, die Situation zur Verbesserung der Verkehrssicherheit angepasst.

3. Ich gehe davon aus, dass sich der Schilderwald auf die Sonnenbergstrasse und deren Parkplätze bezieht. Es ist tatsächlich so, dass es dort vier, fünf Tafeln gleich hintereinander hat. Sofern keine Zone signalisiert werden kann, muss bei jedem aufgezeichneten Parkplatz immer ein Schild aufgestellt werden, auch wenn diese in Sichtweite mit anderen Parkplätzen sind. Sonst ergeben sich rechtliche Probleme bei einer allfälligen Übertretung.
4. Nein.

**5. Flavia Sutter (SP/Grüne):**

**Ladenfläche im Erdgeschoss des Stadthauses**

„Die Räumlichkeiten im Erdgeschoss des Stadthauses stehen schon seit einiger Zeit leer.“

*Fragen*

1. Was ist geplant mit diesen Räumlichkeiten?“

*Stadtrat Martin Bäumle (glp/GEU)*

„Das Mietsverhältnis wurde gekündigt. In Zuge dessen wurde eine interne Klärung vorgenommen, ob ein Eigenbedarf für diese Räumlichkeiten besteht. Die Abklärungen sind am Laufen, ob der Raum für Verwaltungstätigkeiten zukünftig genutzt werden soll. Je nach Ausgang wird entweder ein Umbau oder eine Wiedervermietung stattfinden. Eine Wiedervermietung würde ich im aktuellen Stand aber als eher unwahrscheinlich bezeichnen.“

**6. Flavia Sutter (SP/Grüne):**

**Steinflächen bei der Sonnental-Kreuzung**

„Die grossen Steinflächen links und rechts der Sonnental-Kreuzung sind mit einer Folie und mit Steinen belegt, es wachsen ein paar Erlen. Die wenigen Wildkräuter, die sich durch Risse in der Folie bekämpft haben, werden gejätet. Aus Sicht des Naturschutzes sind dies tote und wertlose Flächen. Auch ästhetisch gesehen machen die Flächen einen schlechten Eindruck. Immerhin ist ja die Sonnental-Kreuzung ein bisschen wie das Tor zu Dübendorf, wenn man von Zürich her kommt. Die zuständigen Stellen sagen zwar, dass die Flächen begrünt werden sollen, aber leider ist seit dem letzten Mal nachfragen wieder einige Zeit verstrichen und es ist immer noch nichts passiert.“

*Fragen*

1. Werden die Steinflächen im Sonnental begrünt?
2. Und wenn ja, wann?

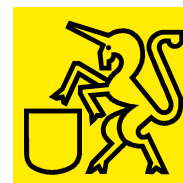
*Stadtrat Jürgen Besmer (FDP)*

„Die Fragen werden wie folgt beantwortet:

1. Ja, es wird begrünt. Es wird eine Magerwiese geben, die zwei- bis dreimal geschnitten werden muss.
2. Der voraussichtliche Termin ist im Frühling 2018. Wir gehen davon aus, dass die Begrünung im April/Mai stattfinden wird, wenn die beste Anwachszeit ist.“

**7. Patrick Schärli (CVP):**

**Sauberkeit und Sicherheit in der Bahnhofunterführung**



„Nachdem der Reinigungsintervall in der Bahnhofsunterführung erhöht wurde, hat sich das Thema Sauberkeit an diesem Ort grundsätzlich gebessert. Trotzdem ist nach wie vor sehr viel Littering zu beobachten. Gemäss Antwort des Stadtrates aus einer der letzten Fragerunden, wurde bzw. wird der Littering-Artikel aus der Polizeiverordnung so gut wie nicht angewandt. Nach unserer Meinung wäre eine Videoüberwachung in der Bahnhofsunterführung eine mögliche Variante, nachdem dies nach der neuen Verordnung nun zulässig ist. Dies hätte den positiven Nebeneffekt, dass das subjektive Sicherheitsgefühl der Passanten und Anwohner erhöht würde.“

## Fragen

1. Was sind die Voraussetzungen, dass der Littering-Artikel aus der Polizeiverordnung auch in der Praxis angewandt werden kann, um das Littering zu reduzieren?
2. Welche Bedingungen müssten speziell in der Bahnhofsunterführung erfüllt sein, damit der Littering-Artikel vermehrt umgesetzt werden könnte?
3. Wäre es für den Stadtrat eine denkbare Lösung in der Bahnhofsunterführung eine Videoüberwachung einzuführen und wenn ja, bis wann wäre mit einer Umsetzung zu rechnen?

## Stadtrat André Ingold (SVP)

„Die Fragen werden wie folgt beantwortet:

1. Litteringbussen können nur dann ausgesprochen werden, wenn dies direkt durch die Polizei festgestellt wird.
2. Dass die Fehlbaren beim Littering durch die Polizei erwischt werden.
3. Der Bahnhof Dübendorf wird seit Jahren von den Polizeistellen als Brennpunkt im Rahmen der Patrouillentätigkeit so viel wie möglich kontrolliert. Zur weiteren Erhöhung der subjektiven Sicherheit hat die Stadt Dübendorf vor längerer Zeit die SIP (Sicherheit-Intervention-Prävention) engagiert. Die SIP patrouilliert ebenfalls mehrmals an Abenden und Wochenenden den Bahnhof Dübendorf. Schwierig ist, dass im Bereich des Inside der Grund und Boden zwar öffentlich benutzt wird, aber nicht der Stadt, sondern privaten Institutionen gehört. Mittlerweile ist auch die Eigentümerschaft mit der Situation nicht mehr zufrieden und hat deshalb einen privaten Sicherheitsdienst eingesetzt. Es ist aber so, dass die Stadt Dübendorf eine Videoüberwachung zusammen auch mit der Reinigungsleistung prüfen wird. Wir werden voraussichtlich bis Ende Jahr bzw. anfangs nächstes Jahr wissen, was wir umsetzen können. Wir müssen dies natürlich auch mit den Privaten koordinieren. Nachher werden wir entsprechend beim Stadtrat einen Kreditantrag stellen.“

## 8. Tanja Boesch (BDP/EVP):

## Sozialamt - Beschlüsse

### Fragen

1. „Aus welchen Gründen wird einem Beschluss der Sozialbehörde die aufschiebende Wirkung entzogen?“
2. Bei zehn Beschlüssen wird wie vielen die aufschiebende Wirkung entzogen?“

## Stadtrat Kurt Spillmann (SVP)

„Die Fragen werden wie folgt beantwortet:

1. Liegen besondere Umstände vor, kann die aufschiebende Wirkung entzogen werden. Dies bei groben Verstössen oder Verletzungen.
2. Das Verhältnis ist ungefähr 10 zu 1.“

## 9. Tanja Boesch (BDP/EVP):

## Sozialamt - Mietkautionen



## Fragen

1. „Falls jemand eine günstige Wohnung in Dübendorf finden sollte, hinterlegt das Sozialamt die Mietkaution, damit die Betroffenen eine Chance haben, eine Wohnung zu bekommen?“

### Stadtrat Kurt Spillmann (SVP)

„Ja, wenn dies vorgängig vom Klient mit dem Sozialamt abgesprochen wurde und es wirklich keine Möglichkeit gibt, dass der Klient das Geld selbst aufbringen könnte. Dann sind wir selbstverständlich bereit, das Depot durch die Sozialhilfe zu finanzieren.“

## 10. Tanja Boesch (BDP/EVP):

### Stadthausplatz / Sitzgelegenheiten

„Auf dem Stadthausplatz sind nach der Renovation bis heute keine Sitzgelegenheiten aufgestellt worden. Die Betonumrandungen bei den Bäumen sind kalt, meist im Schatten und nicht allzu sauber.“

## Fragen

1. Wann ist die Platzierung von adäquaten Sitzgelegenheiten/Bänken geplant?“

### Stadtrat Martin Bäumle (glp/GEU)

„Es handelte sich um eine Sanierung des Stadthausplatzes und eigentlich hatte es vorher auch keine „Bänkli“. Der Wunsch ist uns aber auch bekannt. Momentan sind Gespräche mit dem Verschönerungsverein Dübendorf in Gange, wohin man diese Sitzgelegenheiten stellen könnte. Ich möchte jetzt keinen Termin nennen, aber wir werden schauen, dass wir diesen Wunsch erfüllen können.“

### Nachfrage Tanja Boesch (BDP/EVP)

„Braucht es ein Konzept, um „Bänkli“ aufzustellen auf dem Stadthausplatz? Und, Abfallkübel wären auch nicht schlecht.“

### Stadtrat Martin Bäumle (glp/GEU)

„Ja, es braucht ein kleines Konzept, damit nachher auch die Kirche im Dorf bleibt.“

## 11. Andrea Kennel (parteilos):

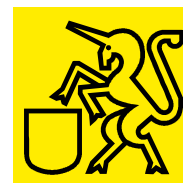
### Flugplatzrand Nord

„Am 26. November stimmen wir über die Umzonung des Flugplatzrand Nord ab (*zeigt Bild*). Dabei soll die der Seite 437 lila markierte Streifen von der Zone für Öffentliche Bauten (Oe) in die Zone Industrie und Gewerbe (IG4) umgezont werden. Der Nutzen dieser Umzonung ist für mich einleuchtend. Basierend auf der Weisung wird für mich aber nicht wirklich klar, was im Falle einer Ablehnung geschieht.“

## Fragen

1. Welche Nutzung ist in der Zone „Öffentliche Bauten“ erlaubt?
2. Wie können die Gebäude ohne Umzonung sinnvoll weiter genutzt werden?
3. Falls nein: was geschieht mit den nicht mehr genutzten Gebäuden?
4. Welche Wertschöpfung ist mit Zone IG4, welche mit Oe möglich?

### Stadtpräsident Lothar Ziörjen (BDP)



„Es ist klar, dass wenn wir eine Umzonung vornehmen, es möglich ist, dass die Hallen nachher neu genutzt werden können. Das bedeutet, dass KMUs und verschiedene Firmen in den bestehenden Gebäuden angesiedelt werden und die Wertschöpfung entsprechend generieren können. Die entsprechende Wertschöpfung kommt auf die entsprechenden Firmen an. Man geht aber davon aus, dass diese dann auch Steuern zahlen. Umgekehrt ist es, wenn wir die Zone Oe beibehalten müssen, sollten die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger den Antrag ablehnen. Dann sind praktisch nur öffentliche Nutzungen des Kantons, des Bundes und der Gemeinden möglich. Die Ansiedlung von privaten und KMUs wäre dann ganz klar nicht möglich. Man kann sich vorstellen, dass umgekehrt öffentliche Nutzungen dann wenig Wertschöpfung im Sinne von Steuersubstrat bringen werden. Die Frage ist natürlich nur, welches Interesse diese noch haben sollten, in diese Hallen nachher einzuziehen, wenn sie keine Partner finden bzw. nicht mit Firmen zusammenarbeiten können. In diesem Bereich wären sie isoliert. Ich gehe davon aus, dass dann die Möglichkeit einer Ansiedlung eher gering sein wird. Die Gebäude stehen unter Schutz, das wissen wir alle. Dies bedeutet, dass diese auch nicht nur unter Schutz saniert werden müssen, sondern sie müssen auch entsprechend vorsichtig umgenutzt werden im Sanierungsbereich. Wer soll dies zahlen, wenn keine Wertschöpfung generiert wird? Die Gemeinden haben mit diesen Hallen eigentlich direkt nichts zu tun. Sie gehören jetzt dem Bund und werden nachher zusammen mit dem Gelände zur Nutzung an den Kanton übergeben. Momentan ist es so, dass der Kanton die Nutzniessung haben wird. Wenn er darunter keine Nutzer hat, wird er ein grosses Problem bekommen, was er mit diesen Hallen machen soll. Er könnte sie bspw. als Lagerhallen benutzen, was aber keine Wertschöpfung generieren würde. Dies würde ich sehr schade finden. Darum bin ich der Meinung, dass man sie so, wie es der Stadtrat beantragt hat, betrachten sollte. Es ist eine sinnvolle Umnutzung, damit wir die bestehenden Hallen in Zukunft wieder sinnvoll nutzen können. Damit sind auch Investitionen möglich, damit die Hallen auch baulich und energetisch auf dem neuesten Stand gebracht werden können. Dies geht jedoch nur, wenn die Umnutzung auch durch die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger genehmigt wird.“

## 12. Bruno Fenner (BDP/EVP):

### Alterswohnungen im Zentrum

„Zuerst ist ein Jahr vergangen, bis man das Grundstück hinter dem „Hecht“ öffentlich ausgeschrieben hatte. Und heute, genau nochmals ein Jahr später, weiss man immer noch nicht, wer jetzt den Zuschlag bekommen hat. Mir ist durchaus bewusst, dass in einer Verwaltung alles ein wenig länger dauert. Aber wenn ich als Privater so arbeiten würde, wäre ich schon längstens Konkurs. Wie ich vom Dachverband Wohnbaugenossenschaften gehört habe, gab es auch kommerzielle Bewerber. Falls ein kommerziell ausgerichtetes Unternehmen den Zuschlag erhalten hat, würde sich natürlich die Frage stellen, ob dies wirklich im Sinne unserer Initiative (nämlich Baugenossenschaft, Kostenmiete etc.) gewesen wäre. Jetzt bin ich aber gespannt, auf die Antwort des Stadtrates.“

*Stadtrat Martin Bäumlé (glp/GEU)*

„Als ich die schriftlich eingereichte Frage gelesen habe, stellte ich fest, dass es die gleiche ist, wie vor einem Jahr.“

Frage 1: Wann und wo wurde das Grundstück öffentlich ausgeschrieben?

Am 6 Januar im Glattaler und rund einen Monat lang im Homegate.

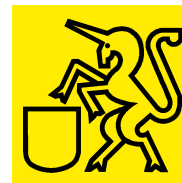
Frage 2: Wie viele Angebote sind eingegangen?

Dazu möchte ich nur sagen: Mehr als drei.

Damit wären die Fragen eigentlich beantwortet und ich könnte aufhören. Ich gehe aber davon aus, dass Bruno Fenner nicht diese Antworten hören wollte, sondern dass er wissen will, wo wir jetzt stehen. Darum versuche ich nun die Frage, welche er vorhin mündlich gestellt hat, zu beantworten.

Es gab eine erste Runde mit den Bewerbern, die sich angemeldet haben. Ich werde keine Anzahl und auch keine Namen nennen, da es sich um ein internes Verfahren handelt. Nach dieser ersten Runde gab es eine Beurteilung. Aus dieser Beurteilung gab es eine zweite Runde. Und nach dieser zweiten





Runde haben wir nun einen Zwischenhalt gemacht, weil verschiedene Abklärungen nun getroffen werden müssen. Auch hier möchte ich nicht ins Detail gehen. Das Ziel ist aber nach wie vor, noch dieses Jahr eine Vergabe zu machen. Ursprünglich war eigentlich die Idee, dass diese Vergabe nach den Sommerferien gemacht werden könne, das ist wegen diesem Zwischenschritt leider nicht gelungen. Es dauert so lange, weil es nicht ganz so einfach ist, wie es tönt. Eine schnelle Vergabe könnte unter Umständen zu mehr Problemen führen, als wenn man es sauber vorbereitet und die Betroffenen auch wissen, worauf sie sich einlassen.“

*Bruno Fenner (BDP/EVP)*

„Es stimmt, ich habe den falschen Anhang geschickt, nämlich denjenigen vom letzten Jahr. Aber Martin Bäumle hat meine Fragen herausgehört und bereits beantwortet.“

### **13. Burkhard Huber (glp/GEU):**

### **Revision Nutzungsplanung und kommunaler Richtplan Flugplatzrand Nord**

„Ich kann die Einleitung kurz halten, da wir sie eigentlich bereits bei der Frage von Andrea Kennel gehört haben. Es geht um die Umzonung des Gürtels beim Flugplatzrand Nord. Es sind mir ein paar Fragen aufgefallen, von denen ich denke, dass es hilfreich wäre, wenn wir dazu noch mehr Informationen bekommen würden.“

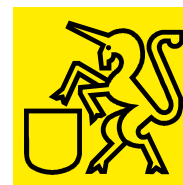
#### *Fragen*

1. Wie schätzt der Stadtrat die dynamische Entwicklung des Steuersubstrates für die Stadt Dübendorf ein, das aus
  - a) der geplanten Umzonung des Flugplatzrandes Nord und
  - b) des späteren Innovationsparks resultiert?“

*Stadtrat Martin Bäumle (glp/GEU)*

„Eine kurze Antwort ist, dass der Finanzvorstand nicht das Orakel von Delphi ist. Ich möchte die beiden Fragen auseinandernehmen. Die Umzonung alleine bedeutet, es wurde vorher auch vom Stadtpräsidenten ausgeführt, dass rein durch die mögliche Mehrnutzung grundsätzlich mehr Wertschöpfung stattfinden können als bei der heutigen Situation. Das ist sicher positiv. Allerdings löst das alleine sicher kein Steuersenkungspotential aus. Das muss man wohl auch festhalten.“

Etwas anders wird es beim Innovationspark sein. Das wird jedoch eine schrittweise Entwicklung über 10, 20, 30 Jahre sein. Dort gibt es einen direkten Nutzen von allfälligen Ansiedlungen, was jedoch sehr von den Ansiedlungen abhängt. Wenn sich bspw. eine Google-Forschungsabteilung wäre dies steuerlich unter Umständen sehr interessant. Wenn das eher andere Firmen sind, kann dies weniger sein. Das kann man zum heutigen Zeitpunkt nicht abschätzen. Was man sicher auch sagen kann, ist, dass der indirekte Nutzen, der stattfindet, das ist für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, also Menschen die hier wohnen, dass es für die Region einen klar zusätzlichen Nutzen bringen wird. Dübendorf wird davon sicher zum Teil profitieren, aber selbstverständlich werden nicht alle, die dort arbeiten, in Dübendorf wohnen. Es wird also der Region zugutekommen und Dübendorf auch. Eine Schätzung, was hier an Wertschöpfung resp. Steuersubstrat generiert werden wird, ist sehr schwierig über die ganze Zeit. Ob das dann 1, 2, 3, 4 oder 5 Prozent sind über die Zeitperiode von 20, 30 Jahre, in diesem Rahmen wird es sich wohl bewegen. Das ist das Potential, welches das Grundstück längerfristig bringen könnte. Kurzfristig wohl sehr wenig, längerfristig viel mehr.“



## 14. Stefanie Huber (glp/GEU):

### Abstimmung vom 26. November 2017 zum Nutzungsplan Flugplatzrand Nord

„Es gibt nochmals ein Thema, bei dem wir denken, dass der Stadtrat ergänzende Aussagen machen müsste.“

#### Fragen

1. Was bedeutet die Vorlage zum Flugplatzrand Nord bezüglich Verkehrsentwicklung für Dübendorf (MIV, ÖV)?
2. In welchem Zeithorizont spielen sich die erwarteten Entwicklungen ab?
3. Und wie ist die Entwicklung im Zusammenhang mit dem Innovationspark zu sehen?“

#### Stadtpräsident Lothar Ziörjen (BDP)

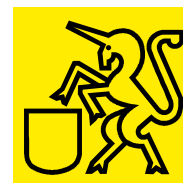
„Bei der einen Frage geht es um den Flugplatzrand Nord. Es geht um das Verkehrsaufkommen des Teils, welchen wir vorhin bereits in einer vorhergehenden Frage erläutert haben. So wie man es umrechnen kann, geht man davon aus, dass es sich um 700 Fahrzeuge pro Tag handeln werde. Der zweite Teil der Fragen betreffend Innovationspark betrifft einen anderen Zeithorizont, nämlich bis ins Jahr 2030. Die Basis der Berechnung ist aus dem Jahr 2012, mit dem Verkehrsmodell hat man hochgerechnet. Verkehrsmodelle sind eigentlich relativ stabil und zuverlässig. Man ist davon ausgegangen, dass es zwischen 16'000 und 25'000 Bewegungen auf dem Netz in diesem Bereich, ohne Innovationspark, geben wird. Das ist der Teil an Verkehrsbewegungen, der sowieso passieren wird und hat mit dem Innovationspark nichts zu tun. Was wird der Innovationspark für Verkehr auslösen? In der Etappe, in der man im Gestaltungsplan und auch in der Festsetzung des Regierungsrats zu beurteilen hat, sind das rund 7'000 Bewegungen, die aus dem Innovationspark entstehen. Und zwar fahren diese raus im Dürrbach, wo es einen Knoten gibt. Es wird dort einen neuen Anschluss auf die Wangenstrasse geben. Von diesen rund 7'000 Fahrzeugen (ich wiederhole, wir sprechen hier vom Jahr 2030) werden rund 1'400 in Richtung Bahnhof fahren und der Rest bewegt sich in Richtung Autobahn. Davon geht wieder ca. 13 % in Richtung Winterthur und der Rest in Richtung Zürich. Das sind die Zahlen, die aus dem Kantonalen Gestaltungsplan herausgelesen werden können. Dieser ist öffentlich und kann von jedem nachgeprüft werden. Beim ÖV ist es natürlich so, dass das ganze Konzept auf einem Anteil 60 % ÖV beruht. Es gibt sowieso einen Busvorlauf, anders geht es nicht. Das heisst, wenn relativ wenig Aufkommen ist, kann man auch kein Schienengebundenes ÖV-Angebot bauen. Wann dies der Fall sein wird? Der ZVV wird dies dann auslösen, wenn die Nachfrage da ist. Man geht davon aus, dass vom Zeitpunkt der Initiierung her bis zum Zeitpunkt der Inbetriebnahme etwa 15 Jahre vergehen. Es braucht einen rechten Vorlauf, aber die Entwicklung auf den Innovationspark wird sehr gemächlich sein. Wir gehen davon aus, dass es wohl zwei bis drei Generationen brauchen wird, bis es überhaupt aufgefüllt wird. Es wurde ganz bewusst so geplant, damit wir nicht irgendwann sagen müssen, dass es einen neuen Standort braucht. Darum ist auch der Teil, von dem wir jetzt sprechen, ein Mehrgenerationenprojekt.“

## 15. Bruno Eggenberger (BDP/EVP):

### Glattaler

„Im Glattaler vom 3. November 2017 wurde mitgeteilt, dass die Redaktionsstelle in Dübendorf per Ende Jahr gestrichen wird. Der Anzeiger von Uster hat diese Mitteilung aber bereits am 25. Oktober 2017 gemacht. Im Zeitalter der schnellen Kommunikation fragt sich, ob es die Chefredaktion nicht fertigbringe, dass Dübendorf zur gleichen Zeit informiert wird? In Dübendorf passierte das dann erst am 27. Oktober 2017. Mit der Aufhebung der Redaktion in Dübendorf vernichtet man eine über 100-jährige Geschichte.“

#### Fragen



1. Wann wurde der Stadtrat informiert, dass die Redaktion in Dübendorf geschlossen wird?
2. Wie will der Stadtrat eine umfassende Information für eine Stadt, die bald 29'000 Einwohner hat, gewährleisten?
3. Wie soll die bevorstehende Gemeinderats- und Stadtratswahlen begleitet werden und welche Zusagen hat der Stadtrat diesbezüglich von der Chefredaktion?
4. Wie hoch sind die jährlichen Kosten für die amtlichen Mitteilungen im Glattaler?
5. Was passiert mit dem Archiv des Glattalers?“

## *Stadtpräsident Lothar Ziörjen (BDP)*

„Es tut mir leid, wir sind langsam unter uns, denn die Presse ist nicht mehr anwesend. Haben Sie es bemerkt, dass der Priesstisch leer ist? Ich habe nicht bemerkt, wann sie gegangen sind, ob direkt nach der Fraktionserklärung oder erst später. Somit beantworte ich diese Frage gerne Ihnen, denn die Presse wollte ja offenbar nicht mehr hören, was über sie gesagt wird.“

1. Der Stadtrat hat am 24. Oktober 2017 über unsere Infoadresse, [info@duebendorf.ch](mailto:info@duebendorf.ch), eine Medienmitteilung erhalten, worin mitgeteilt wurde, dass die Redaktion in Dübendorf geschlossen werden soll. Dass die Redaktion auf Wetzikon verschoben wird und 7 Personen entlassen werden, war die Mitteilung über diese Infoadresse. In der gleichen Infoanfrage haben wir dann das Angebot vom Glattaler resp. vom Zürcher Oberländer für ein Mittagessen erhalten, damit sie uns darüber noch informieren können. Dieses Angebot konnten wir noch nicht umsetzen, da wir noch keinen Termin gefunden haben. Ich habe es vorhin schon erwähnt, alles was sie heute mit ihren Fragen öffentlich machen wollten, bleibt unter uns. Ausser Sie tragen es selbst in die Öffentlichkeit. Wie der Glattaler resp. der Zürcher Oberländer damit umgehen will, weiss ich noch nicht. Aber ich weiss, dass ich dies so nicht einfach hinnehmen werde, auch in Ihrem Namen nicht. Ich werde es nicht einfach so hinnehmen, dass die Presse den Saal einfach so verlässt und die Öffentlichkeit nicht mehr informieren will. Da werde ich ganz klar auf den Tisch hauen, denn so geht es nicht.
2. Zusagen haben wir logischerweise noch keine erhalten, da wir ja noch gar kein Gespräch führen konnten. Wir werden dies selbstverständlich bei diesem Treffen ansprechen und auch besprechen, was für eine Berichterstattung von Wetzikon über Dübendorf stattfinden soll. Das ist uns auch noch ein Rätsel. Wir werden auch dort dranbleiben.
3. Betreffend Kosten: Wir zahlen dem Zürcher Oberländer jeweils Fr. 155'000.00. Davon betreffen rund 90 %, also rund Fr. 140'000.00 amtliche Publikationen.
4. Das Thema Archiv muss ebenfalls mit den zuständigen Personen geklärt werden. Ich weiss auch noch nicht, wie die sich das vorstellen. Ich weiss nicht, ob sie das Archiv vernichten, es mit auf Wetzikon nehmen oder es uns schenken. Ich weiss nur, dass in der Vergangenheit alle Zeitungen im Estrich gehütet wurden, als sich der Glattaler noch am Lindenplatz befand. Das ist aber eine gute Frage, wir werden dieser nachgehen.

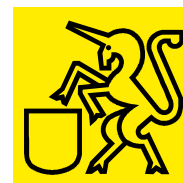
Wir haben genug Themen, die geklärt werden müssen. Ich werde Sie gerne wieder informieren, wenn wir mehr wissen.“

## **9. Ersatzwahlen:**

### *Ratspräsident Sandro Bertoluzzo (FDP)*

„Infolge Kündigung ihrer Anstellung bei der Stadtverwaltung Dübendorf scheidet Beatrix Pelican als Sekretärin des Gemeinderates Dübendorf per Ende November 2017 aus. Bis zur definitiven Neubesetzung des Gemeinderatssekretariates ist ab 1. Dezember 2017 eine interimistische Lösung zu bestimmen. Im Anschluss findet aufgrund der Kündigung der Stellvertreterin Daniela Wüthrich ebenfalls deren Ersatzwahl statt.“

Bevor wir aber zur Wahl schreiten, möchte ich kurz noch zwei drei Worte an dich, Beatrix, richten:



Du bist in der GR-Sitzung vom 7. Mai 2012 zur Gemeinderatssekretärin gewählt worden und hast dein Amt per 1. Juni 2012 angetreten. Seither hat du sechs Ratspräsidenten bei ihren Aufgaben tatkräftig unterstützt und ich denke, ich spreche sicherlich auch im Namen von Stefanie Huber, Dominic Müller, Patrick Schnider, Jacqueline Hofer und Hanspeter Schmid, wenn ich sage, dass deine Arbeit für uns von enormen Wert gewesen ist. Aber auch mit Hans-Felix Trachsler und Andrea Kennel als GRPK-Präsidenten, mit Thomas Maier und Reto Heeb als KRL-Präsidenten und mit Valeria Rampone und Ariane Egli als BRK-Präsidentinnen durftest du eng zusammenarbeiten. Die Rats- und Kommissionspräsidenten leiten die Sitzungen und führen die Gremien. Dabei sind sie darauf angewiesen, dass jemand die ganzen Vorbereitungsarbeiten – also die „Knochenarbeit“ – übernimmt. Diesen Part hast du in den letzten 5 ½ Jahren übernommen. Vieles ist von dir selbstständig bearbeitet, weitergeleitet und verarbeitet worden, womit du die jeweiligen Präsidenten sehr hast entlasten können. Stets ist die Zusammenarbeit mit dir angenehm und kollegial gewesen und von allen Seiten ist deine Hilfsbereitschaft sehr geschätzt worden. Nicht nur für die Rats- und Kommissionspräsidenten, auch für die anderen Gemeinderäte bist du eine grosse Unterstützung gewesen, haben wir uns doch mit fast allen Anliegen an dich wenden können. Auf die entsprechende Frage habe ich von dir immer die gleiche Antwort erhalten: „Das kannst du mir melden, ich schaue dann schon, dass es an die richtige Stelle kommt.“ Liebe Beatrix, für deine berufliche und private Zukunft wünschen wir dir alles Gute und für deine Arbeit in den vergangenen 5 ½ Jahren für den Gemeinderat, für die Kommissionen, für die Präsidenten und die Gemeinderäte ganz ganz herzlichen Dank.“

## 9.1. Ersatzwahl GR-Sekretärin

---

### Antrag Interfraktionelle Konferenz

*Theo Johner (BDP/EVP)*

„Die Interfraktionelle Konferenz schlägt Gerhard Kalt zum interimistischen Nachfolger von Beatrix Pelican zur Wahl als Gemeinderatssekretär für den Rest der Amtsdauer 2014-2018 vor.“

Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

### **Wahl**

Da zum Vorschlag der Interfraktionellen Konferenz keine zusätzlichen Wahlvorschläge gemacht worden sind, erklärt der Gemeinderatspräsident Gerhard Kalt per 1. Dezember 2017 als gewählt.

## 9.2. Ersatzwahl GR-Sekretärin-Stv.

---

### Antrag Interfraktionelle Konferenz

*Theo Johner (BDP/EVP)*

„Die Interfraktionelle Konferenz schlägt Mathias Vogt zum Nachfolger von Daniela Wüthrich zur Wahl als Gemeinderatssekretär-Stellvertreter für den Rest der Amtsdauer 2014-2018 vor.“

Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

### **Wahl**

Da zum Vorschlag der Interfraktionellen Konferenz keine zusätzlichen Wahlvorschläge gemacht worden sind, erklärt der Gemeinderatspräsident Mathias Vogt als gewählt.



## **Einwände gegen die Verhandlungsführung**

Gegen die Verhandlungsführung werden auf Anfrage des Gemeinderatspräsidenten keine Einwände eingebracht. Gemeinderatspräsident Sandro Bertoluzzo (FDP) macht abschliessend darauf aufmerksam, dass gegen die Beschlüsse wegen Verletzung von Vorschriften über die politischen Rechte und ihre Ausübung innert 5 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, schriftlich Rekurs beim Bezirksrat Uster, 8610 Uster, erhoben werden könne. Im Übrigen könne gegen die Beschlüsse, gestützt auf §151 Gemeindegesetz innert 30 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, schriftlich Beschwerde beim Bezirksrat Uster, 8610 Uster, erhoben werden.

---

Schluss der Sitzung: 21.20 Uhr

## **Für die Richtigkeit des Protokolls**

Beatrix Pelican  
Gemeinderatssekretärin

## **Eingesehen und für richtig befunden**

GEMEINDERAT DÜBENDORF

Sandro Bertoluzzo  
Gemeinderatspräsident

Bruno Eggenberger  
Stimmzähler



Angelika Murer Mikolasek  
Stimmzählerin

Flavia Sutter  
Stimmzählerin